PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 13. Oktober 1915. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Die Dollaranleihe.

Trotz aller Beschönigungsversuche stellt es sich immer deutlicher heraus, daß, alles in allem genommen, die englisch-französische Anleihe in Amerika ein großes Fiasko gewesen ist. Wenn man sich vorstellt, wie sehr – ich habe das neulich bereits ausführlich dargelegt — die Amerikaner selbst an der Anleihe interessiert gewesen sind, und welchen Aufwand an Kraft, Druckerschwärze, Bankettreden England und Frankreich aufgewandt haben, um die Anleihe den Amerikanern schmackhaft zu machen, so bedeutet die Tatsache, daß aus 500 Millionen Dollar Nominalbetrag etwa 600 Millionen Subskriptionen eingegangen sind, schon an und für sich keinen Erfolg. Dabei wird die Summe von 600 Millionen viel zu hoch gegriffen sein, es wird neuerdings in der englischen Presse selbst verschämt zugegeben, daß die Ueberzeichnung keineswegs den Betrag von 100 Millionen Dollar erreicht hat. Aber noch erheblicher wird der Mißerfolg, wenn man sich die Bedingungen genau ansieht. England und Frankreich haften für die Anleihe solidarisch. Es ist also den Gläubigern die denkbar größte Sicherheit gegeben worden. Der Ausgabekurs ist 98 %, die nominelle Verzinsung 5 % und in fünf Jahren haben die Gläubiger das Recht, entweder ihr Geld zurück oder den Umtausch in in eine 4½ %ige französische oder englische Anleihe zu verlangen. Der Gläubiger hat also bei denkbar größter Sicherheit auf fünf Jahre eine nominelle Verzinsung von 5 %, d. h. eine wirkliche Verzinsung von 5,3 %, und die Möglichkeit, nach den fünf Jahren eine weitere Verzinsung sich zu sichern, die für amerikanische Verhältnisse als recht stattlich bezeichnet werden muß. Wenn trotzdem das amerikanische Publikum sich nicht geradezu um die Anleihe geschlagen hat, so muß man das als ein sehr interessantes Symptom hinnehmen. Nicht etwa als ein Zeichen geringen Vertrauens zu Frankreich oder England. Davon kann gar keine Rede sein. Aber die verhältnismäßig sehr geringe Beteiligung an der Anleihe zeigt doch, wie stark in weiten Kreisen der amerikanischen Kapitalisten Abneigung gegen die Anleihe war. Die Anleihezeichnung muß bis zu einem gewissen Grade als eine politische Abstimmung der kapitalkräftigen Kreise des amerikanischen Volkes angesehen werden, und es wäre sehr falsch, wenn Wilson die weitgehende politische – auch für seine Wahlkampagne in Betracht kommende — Bedeutung dieser Abstimmung verkennen wollte. Eine weit erheblichere Bedeutung hat natürlich der Anleiheabschluß selbst für die Ententeblätter insbesondere aber für England. Wenn der Besitzer dieser Anleihen etwas mehr als 5½ % Verzinsung bezieht, stellt er den Tatbestand für den Anleiheschuldner noch nicht völlig klar. Das amerikanische Uebernahmekonsortium verdient die respektable Summe von 3 % auf 500 Millionen Dollar gleich etwa 42 Millionen Mark. Das heißt: England erhält nicht 98 % des nominellen Wertes der Anleihe in Wirklichkeit, sondern nur 96 %. Mithin muß es unter Berücksichtigung des Nominalzinsfußes von 5 % und einer Rück-

zahlungsverpflichtung zu pari in fünf Jahren, das tatsächlich ihm zufließende Kapital mit 6,04 % zu verzinsen. Nun hat aber der Manchester Guardian, das ernsthafteste liberale Blatt Englands, das gleichzeitig für Finanz- und Handelsfragen ein ganz besonderes Sachverständnis besitzt, darauf hingewiesen, daß vom Nominalzinsfuß der sonstigen englischen Anleihen noch die incomtax abgeht, die etwa 0,99 % vom Kuponbetrag beträgt. Rechnet man diesen Verlust, wie der Manchester Guardian es tut, noch mit ein, so muß England tatsächlich eine Realverzinsung von beinahe 7 % zahlen. Ich will einmal diese Hineinrechnung der englischen Einkommensteuer vollkommen beiseite lassen und will auch nicht die Tatsache in Betracht ziehen, daß an und für sich schon eine 6 %ige Verzinsung für einen Staat von der finanziellen Vergangenheit Englands als eine Demütigung empfunden werden muß. Schließlich, warum soll man im Krieg nicht einmal besondere Kriegsbedingungen gewähren. Aber das Unangenehme für England liegt, abgesehen von der Demütigung, vor allem in der dauernden Rückwirkung für die nächsten Kriegsanleihen. Es ist ohne weiteres klar, daß durch den hohen Zinsfuß, den England den amerikanischen Kapitalisten gewährte, es sich auch den Zinsfuß für die Aufnahme späterer Kriegsanleihen im eigenen Lande verdorben hat.

Findige Amerikaner haben sofort nach der Zeichnung erhebliche Beträge der neuen englischen Anleihe nach England offeriert. Wegen des schlechten Standes der englischen Valuta müssen natürlich diese Offerten auf einen etwas höheren Kurs gelautet haben. Trotzdem aber fanden sie in England Entgegenkommen, denn selbst bei einem etwas höheren Kurse bietet sich für die Engländer natürlich noch immer eine ausgezeichnete Verzinsung in dieser Anleihe, für die ihr Vaterland in vollem Umfange haftet und die daher äußerst sicher erscheinen muß. Diese gute Verzinsung bleibt selbst dann noch, wenn man annimmt, daß die Besitzer der Ententeanleihe in England Einkommensteuer von den Kupons bezahlen müßten. Das ist allerdings noch sehr zweifelhaft, denn es ist ja ein leichtes, die Kupons zur Einlösung nach New York zu schicken. Dann würde die incomtax wegfallen, denn es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Engländer es wagen würden, die Amerikaner mit einer eidlichen Bestätigung bei der Kuponeinlösung zu belasten, durch die jedesmal bescheinigt werden müßte, daß die einzulösenden Kupons auch wirklich Amerikanern gehören. Durch diese von den Amerikanern dem englischen Kapital eröffnete Möglichkeit, die neue Ententeanleihe zu erwerben, darf man als sicher annehmen, daß das englische Kapital, das sich ja nicht aus übermäßig patriotischer Liebe bot, sich an der nächsten englischen Kriegsanleihe nur dann beteiligen wird, wenn ihm eine ebenso hohe oder doch beinahe so hohe Verzinsung gewährt wird, wie ihr Staat den Amerikanern gewährte.

Schon aus diesem Grunde könnte man es verstehen, daß die englische Regierung in der Presse die Beteiligung von Engländern an dieser englisch-französischen Anleihe für unpatriotisch erklärte. Aber darüber hätte die englische Regierung vielleicht hinweggesehen, da ihr ja alles daran liegen muß, dem einheimischen Kapital den Krieg als ein möglichst gutes Geschäft erscheinen zu lassen. Die Hauptschwierigkeiten, die der englischen Finanzverwaltung aber bereitet werden, liegen ja auf einem ganz anderen Gebiete. Es ist ja bekannt, daß der Zweck der Anleihe im wesentlichen darin gesehen wird, den hohen Steuerkurs herabzudrücken, oder — was dasselbe besagt — den niedrigen Sterlingkurs zu heben. Zu diesem Zweck ist die Anleihe in Amerika abgeschlossen, weil man kein Gold für die Schulden nach Amerika schicken will, andererseits aber befürchten muß, daß bei weiterer Nichtbezahlung der riesenhaften Schuld an Amerika die Wechselkurse sich noch weiter zuungunsten Englands und Frankreichs gestalten. Wenn nun jetzt größere Mengen der Ententeanleihe nach England zurückwandern, so entstehen ja dadurch neue Forderungen Amerikas gegen England, d. h. der Wechselkurs wird von neuem schlecht beeinflußt oder mindestens wird die beabsichtigte günstige Beeinflussung der Wechselkurse hintertrieben. Das muß der englischen Regierung um so unangenehmer sein, als sich tatsächlich schon jetzt herausstellt, daß der beabsichtigte Zweck nicht erzielt wird.

Allerdings hob sich bei Bekanntwerden des Zustandekommens der Anleihe der Kurs für Devise London in New York von 4,49 auf 4,65 und der Kurs für Devise Paris konnte sich von 6,08 auf 5,85 bessern. (In New York versteht sich die Notierung der französischen Devise in

Franken für ein Dollar, d. h. bei einer Besserung des Kursstandes der französischen Devise brauchen weniger Franken für einen Dollar bezahlt werden. Es schwankt mithin immer der Frank und nicht der Dollar.) In den letzten Tagen vor der Anleihezeichnung notierte sogar die Devise London 4,72½ %, die Devise Paris 5,76. Wahrscheinlich infolge von spekulativen Machenschaften. Inzwischen haben sich die Devisenkurse bereits wieder verschlechtert. Das ist ja auch gar kein Wunder. Wie bekannt, haben die Engländer zunächst die Absicht gehabt, eine Anleihe von einer Milliarde Dollar in Amerika aufzunehmen. Nur das relativ geringe Entgegenkommen, das sie fanden, bewog sie schließlich, von ihrer hohen Forderung die Hälfte abzustreichen. Aber selbst diese Milliarde hätte nicht gereicht, um alle Forderungen Amerikas an England zu begleichen, die man auf weit über 1½ Milliarden Dollar schätzt. Nun sind ja aber gerade in den letzten Wochen wahrscheinlich nicht nur neue Bestellungen, sondern auch neue Lieferungen erfolgt, so daß mithin das Angebot englischer Wechsel in Amerika oder die Nachfrage nach amerikanischen Wechseln in London sich nicht vermindert haben werden. Es ist deshalb schon jetzt ganz klar, daß der oberste Zweck der Anleihe, die Devisenkurse zu regulieren, nicht erreicht wurde. Bekannte englische Finanzleute sprechen auch bereits davon, daß im Januar oder Februar die Emission einer zweiten amerikanischen Anleihe vorgenommen werden muß. Gesetzt den Fall, daß eine solche zweite Emission zustande käme, so würde damit sehr viel auch nicht mehr genützt werden können. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach kann man nicht damit rechnen, daß die zweite Anleihe auf einen höheren Betrag als 500 Millionen Dollar lauten könnte. Was bedeuten aber weitere 500 Millionen Dollar in weiteren drei Monaten, wo die Schuldsumme Englands und Frankreichs an Amerika wahrscheinlich noch erheblich höher aufgelaufen sein wird als heute. Die Regulierung der englisch-amerikanischen Wechselkurse bleibt nach wie vor ein sehr ernstes Problem, und noch viel ernster ist das Problem der Wechselkursregulierung für Frankreich, dessen Kurse gegenüber Amerika heute noch mehr als 13 % unter der Parität notieren. Denn nicht nur, daß man wahrscheinlich in einem Vierteljahr keine höhere Summe als diesmal wird auflegen können, es fragt sich auch, ob überhaupt zu den jetzigen Bedingungen später noch eine Anleihe für die Entente in Amerika wird zu bekommen sein, denn vielleicht ist schon mit Ende dieses Jahres die politische und militärische Niederlage der Entente definitiv besiegelt, und man wird die englischen Unterhändler dann in New York sicher noch weniger kulant behandeln, als diesmal.

Bei den vernünftigen Engländern beginnt sich aus all diesen Gründen auch allmählich eine recht katzenjämmerliche Stimmung herauszubilden. Es ist nur zu begreiflich, daß die englische Presse zum allergrößten Teil namentlich die des Lord Churchill mit allen möglichen Rechenkunststücken wenigstens die große Menge des englischen Volkes über die amerikanische Blamage hinwegzutäuschen versucht. Die Times hat sich eine besonders kluge Sache ausgesucht. Sie rechnet nämlich jetzt bereits damit, daß in fünf Jahren bei der Rückzahlung der amerikanischen Anleihe die Devisenkurse erheblich günstiger stehen werden, daß dadurch der Staat später die Dollars wird billiger anschaffen können. Nach der Rechnung der Times werden an dieser Transaktion später 3 % verdient werden. Sie rechnet diese 3 % jetzt bereits zum Emissionskurs zu und stellt die etwas kühne Behauptung auf, daß deshalb in Wirklichkeit England die Anleihe nicht mit 98 oder gar 96, sondern mit 99 % emittiert habe. Diese Rechnung ist langsichtig und kühn, aber ich will sie selbst einmal als richtig annehmen. Da aber die Times selbst mit den Verhältnissen in einer Zukunft von 5 Jahren rechnet, so wird es uns auch erlaubt sein, mit derselben Zukunft zu rechnen. Die Times übersieht bei ihrer Rechnung etwas geflissentlich, daß der von ihr erhoffte Verdienst ja nur dann eintreten kann, wenn nach Ablauf von 5 Jahren die Amerikaner die Anleihe sich zurückzahlen lassen. Ist das aber nicht der Fall, wie man eigentlich heute annehmen muß, sondern nehmen die Amerikaner das Recht, das ihnen zugestanden worden ist, in Anspruch, ihre 5 %igen Stücke in 4 %ige Stücke umwandeln zu lassen, so findet natürlich nur eine Abstempelung der Stücke statt, und der Gewinn aus der Devisenkursveränderung ist dann — wer weiß wie lange — vertagt. Nun neige ich persönlich allerdings der Ansicht zu, daß die Amerikaner sich nach fünf Jahren die Anleihe zurückzahlen lassen werden. Ich glaube nicht an die glänzende

Zukunft Amerikas, die jetzt allgemein als selbstverständlich angenommen wird. Ich bin auch durchaus nicht der Ansicht, daß der Schwerpunkt des ganzen internationalen Geldverkehrs sich auf die Dauer nach Amerika verrücken wird. Er wird zwar von London fortgehen, aber wohin er sich wenden wird, das wird eine spätere Frage sein. Ich befürchte endlich aber auch nicht, daß Amerika auf die Dauer das einzige Land sein wird, das Kapital hat und das gegenüber dem ausgepoverten Rußland eine beherrschende Stellung einzunehmen berufen ist. Im Gegenteil, abgesehen davon, daß maßlose Spekulation in Amerika, deren Ausschreitungen sich bereits jetzt bemerkbar machen, die jetzigen Riesen-einnahmen sehr schnell verfliegen lassen wird, dürfte es in fünf Jahren in der schwierigsten Auseinandersetzung mit Japan begriffen sein, und wie sich dann die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Vereinigten Staaten entwickeln werden, das wollen wir erst einmal abwarten.

Aber wenn meine Voraussetzungen zutreffen und wenn dann wirklich nach Ablauf von fünf Jahren der von der Times vorläufig als normal angesehene Zustand der Rückzahlung der Anleihen sich verwirklicht, so muß England sich diese Summen doch irgendwoher beschaffen. Es muß sich also darauf gefaßt machen, spätestens in fünf Jahren eine Anleihe von ganz erheblichem Umfange im eigenen Lande aufzunehmen, da es doch höchst unwahrscheinlich ist, daß in einem Jahre von irgendwelchen Steuererträgnissen mehrere Milliarden Mark werden gedeckt werden können. Diese Aussichten sind sicher für England nicht sehr rosig. Und dann wird auch wahrscheinlich die Konsequenz daraus zutage treten, daß die diesmalige Anleihe keine rein englische ist, sondern daß England solidarisch mit Frankreich Amerika gegenüber für die Anleihe haftet.

Diese solidarische Haftbarkeit ist von den englischen Finanzkritikern scharf verurteilt worden. Sie haben darauf hingewiesen, daß, wenn zwei Schuldner gemeinsam eine Schuld kontrahieren, die Bedingungen für diese Schuld in der Regel nach der Bonität des Schlechteren bemessen werden. Sie wollen also damit sagen, daß England allein zu viel besseren Bedingungen Geld in Amerika bekommen hätte, daß aber gerade durch die Verkoppelung der englischen und französischen Interessen die Bedingungen für England sicher ungünstiger geworden seien. Ob das ganz richtig ist, läßt sich nicht entscheiden. Es spricht jedenfalls aber die ganze Arroganz der Engländer gegenüber ihren Bundesgenossen aus dieser Argumentation. Man kann natürlich auch die entgegengesetzte Schlußfolgerung wie die Engländer ziehen. Man kann nämlich sagen, daß bei einer Solidarhaft ja jeder Gläubiger in vollem Umfange hafte, daß infolgedessen für eine Anleihe, für die England und Frankreich gemeinsam haften, England bessere Bedingungen erhalten hat, als sie beim Fehlen der französischen Mithaftung erhalten hätte. Denn gesetzt den Fall, der Gläubiger hätte die Anleihe auf die Bonität des englischen Staatskredits hin gegeben, so ist schließlich durch die Haftung des französischen Staatskredits das Risiko nicht erhöht, sondern sogar vermindert worden. Wenn die von den englischen Finanzkreisen inspirierte englische Presse die Solidarhaft tadelt, und zwar unter finanziellen Gesichtspunkten, so dürfte der wirkliche Beweggrund dafür vielmehr der sein, daß bei einer anderen Emittierung der Anleihe ein sehr fettes Geschäft für das englische Finanzgeschäft abgefallen wäre. In diesem Falle würde nämlich England die Anleihe in Amerika allein aufgenommen haben und es hätte dann einen Teil des in Amerika allein aufgenommenen Geldes dazu verwendet, seinerseits eine Anleihe an Frankreich zu geben. Natürlich wären dabei recht fette Vermittlerprovisionen an die englischen Bankiers abgefallen. Diese sind ihnen entgangen und deshalb kritisieren sie nun wesentlich die Vorteile der Solidarhaftung.

Eine ganz andere Frage ist es, wie diese Solidarhaftung in ihren politischen Konsequenzen zu bewerten ist. Die deutschen Kritiker, die sich mit der Anleihe bisher beschäftigt haben, neigen der Auffassung zu, daß die Solidarhaftung ein geschickter Schachzug Englands gewesen ist, um Frankreich völlig abhängig von sich zu machen. Ich kann mich dieser Auffassung nicht ganz anschließen. Denn es ist eine ganz veraltete und durch die Erfahrung überholte Annahme, daß der Schuldner vom Gläubiger abhängig sei. Gerade die Franzosen haben ja durch ihr jahrelanges finanzielles Verhältnis zu Rußland die entgegengesetzte Erfahrung gemacht. Sie haben gelernt, daß, wenn der Schuldner nur genug pumpt, er nicht nur nicht vom Gläubiger immer unabhängiger wird, sondern umgekehrt den Gläubiger in seinen Bann zwingt. Wenn einmal die englisch-französische Anleihe in Amerika fällig werden wird, so kann England sich seiner Verpflichtung, seine Schulden in Amerika zu bezahlen, nicht entziehen. Gesetzt den Fall, daß Frankreich später nicht in der Lage sein würde, seinen Verpflichtungen nachzukommen, so wäre England eben der hereingefallene Teil. Tatsächlich geht England denn auch ein sehr großes Risiko gegenüber Frankreich ein. Denn Frankreich wird die Hauptlast der Kriegsentschädigung zu tragen haben und dadurch wird seine Mithaftung bei der Anleihe zum mindesten nicht verbessert. So bringt sich denn in Wirklichkeit England immer tiefer durch diesen Krieg in eine Verschuldung und finanzielle Abhängigkeit, von denen heute noch gar nicht abzusehen ist, wie sie später einmal reguliert werden sollen. Uns kann es gewiß recht sein.

Neuamerikanische Charakterköpfe.

Von **Knickerbocker.**

Die offizielle Liste des New Yorker Uebernahmekonsortiums für die englisch-französische Anleihe liegt noch nicht vor; wohl aber bringen die Zeitungen die Namen einer ganzen Reihe von Syndikatsmitgliedern. Wer diese vorläufige Liste liest, wird den höchsten Widerwillen empfinden. In der Liste stehen August Belmont & Co., Hallgarten & Co., Heidelbach, Ickelheimer & Co., Ladenburg, Thalmann & Co., Lazard, Wm. Salomon & Co. und J. W. Seligman & Co. Das Haus Kuhn, Loeb & Co. hat als solches nicht gezeichnet, wohl aber zwei seiner Teilhaber, Otto Kuhn und Mortimer Schiff. Weder direkt noch indirekt haben sich Speyer & Co. beteiligt. Auch die im Besitz von lauter geborenen Amerikanern befindliche sehr angesehene Firma Goldman, Sachs & Co. ist bis jetzt nicht genannt worden. Einige andere deutschklingende Häuser mittleren Umfangs scheinen ebenfalls beiseite geblieben zu sein.

Die Empörung über die Beteiligung der zuerst Genannten hält bei näherer Prüfung nicht überall vor. Denn einige sind lediglich dem Namen nach deutsch oder ihre Beziehungen zu Paris und London so intim, daß ihre Teilnahme entschuldbar ist. Hierher gehören die Seligmans, die zwar aus einem kleinen süddeutschen Nest stammen, aber längst ihre deutschen geschäftlichen Beziehungen abgebrochen, ihr Frankfurter Haus — Seligmann, Stettheimer — aufgelöst haben und in Paris und London wichtige Filialen unterhalten. In noch höherem Grade gilt das von Lazard Frères, deren kapitalistisches Schwergewicht in Frankreich liegt und die schon im Frieden als Agenten der Bank von Frankreich handeln. Die New Yorker Chefs, die Herren George Blumenthal und Paul Baerwald, sind Frankfurter. Ob es allerdings nötig gewesen wäre, daß der Erstgenannte, sich während des Krieges der Regierung Vivianis förmlich aufgedrängt hat mit Ratschlägen gegen sein altes Vaterland, ist zum mindesten Geschmackssache. Auch die Belmonts (früher Schönberg) sind zwar durch ihre intimen — angeblich auch familiären — Verhältnisse zu den Rothschilds ursprünglich deutsch. Es handelt sich aber um die westeuropäischen Aeste der großen Finanzdynastie. Schließlich wollen wir auch noch die nicht eben sehr bedeutenden Firma Salomon & Co. ausschalten; denn die Wiege des Stammvaters stand unseres Wissens östlich der seitherigen Reichsgrenzen.

Um so schärfer muß das Urteil über den Rest lauten; so klingt es wie eine Ironie, daß vor wenigen Tagen in Frankfurt a. M. eine Heidelbachstraße eingeweiht wurde zu Ehren der Mutter des ententewütigen Herrn Alfred Heidelbach in Firma Heidelbach, Ickelheimer & Co., nebenbeibemerkt eines Vetters der Herren von Ganz und von Weinberg. Noch bedenklicher aber verhält es sich mit Ladenburg, Thalmann & Co. Es ist nur eine schwache Entschuldigung, wenn darauf hingewiesen wird, daß die beiden aus Mannheim stammenden Gründer nicht mehr leben und das Kommanditverhältnis zu S. Bleichröder vor fünf Jahren — übrigens auf recht smarte Art — gelöst wurde; auch bis in die allerletzte Zeit hinein legte das Haus großen Wert auf seinen deutschen Charakter, wenn es galt, Ordres für Wallstreet zu erhalten. Auch ist es noch gar nicht so lange her, daß der jetzige Hauptteilhaber Rosen einen wesentlich längeren, an seine Berliner Jahre erinnernden, Namen trug. Die Palme im edeln Wettstreit um die rasche Anpassung gebührt aber den jüngeren Teilhabern von Hallgarten & Co. Außerhalb der Zunft ist dieser Name berühmt geworden durch seinen Mitgründer Charles Hallgarten, der sich als Wohltäter größten Stils während seines Frankfurter Lebensabends einen unvergeßlichen Namen sicherte. Es war ein Mann, der völlig in deutscher Kultur aufging. Auch nach seinem Ausscheiden war der Charakter der Firma — und vorwiegend auch die Verkehrssprache in ihren Arbeitsräumen — deutsch. Bis Ende 1912 war Carl Fürstenberg von der Berliner Handelsgesellschaft Spezialpartner. Heute sind neben Herrn Bronner, dessen Stammbaum wir nicht kennen, in der Firma Henry Wehrhane aus Bremen, Max Horwitz, früher Direktor der Berliner Amerikabank (und unseres Wissens aus Bromberg) Albert Rothbart aus Frankfurt und Casimir Stralem, der seinen deutschen Schulfreunden noch unter dem Namen Stralheim in Erinnerung sein dürfte.

Man ist bei einer derartigen Handlungsweise in Verlegenheit um die Charakterisierung. Ueberraschen kann freilich der Schritt nicht. Denn man hat nie gehört, daß Herr Bronner aus dem Aufsichtsrat der Bethlehem Steel Co. ausgetreten wäre. Im Gegenteil, neuerdings hörte man sogar, daß sich die bisher landwirtschaftliche Maschinen fabrizierende Rumely Co., eine Gründung Hallgartens, mit Hilfe von Ententelieferungen sanieren wolle. Der Entschluß der Firma Hallgarten ist, ganz abgesehen von der moralischen Seite, auch vom geschäftlichen Standpunkt gesehen, unverständlich. Denn gerade in den letzten Jahren hat das Haus mit besonderem Eifer das deutsche Geschäft gepflegt. Rein äußerlich kam das zum Ausdruck durch Errichtung einer Art von Filiale in Berlin. Daß deren Tätigkeit nicht immer im Interesse der deutschen Kundschaft lag, zeigen — nebenbei bemerkt — Emissionen wie Rumely oder California-Petroleum. Neben diesem spekulativen Geschäftszweig war es Hallgarten auch gelungen, mit vielen ersten deutschen Banken einen bedeutenden laufenden Verkehr einzuleiten. Es ist wohl selbstverständlich, daß man von deutscher Seite

eine solche Beziehung umgehend abbricht. Die Ausrede, man habe sich beteiligen müssen, um nicht der Rache der Großen ausgesetzt zu sein, ist in Anbetracht des Verhaltens der westlichen Institute nicht ernst zu nehmen.

Schließlich noch einen Blick auf die etwas verwickelte Haltung von Kuhn, Loeb & Co.! Dieses Haus verdient schon darum besondere Beachtung, weil es mit J. P. Morgan & Co. drüben unstreitig an erster Stelle steht. Es ist ein offenes Geheimnis, daß zwischen den Teilhabern keine Einigkeit über die Beteiligung an der Morgananleihe herrschte. Vielleicht hat der Wunsch, gerade dieses große Haus für die Entente zu gewinnen, die Londoner Regierung veranlaßt, den über alle Maßen geschickten und charmanten Unterhändler und Exadvokaten Lord Reading mit hinüberzusenden. Denn streng genommen hatte der englische Lord Chief Justice bei der Sache nichts verloren, wenn er auch von der Zeit her, da er als simpler Rufus Isaacs in der Londoner Stock Exchange wegen verfehlter Spekulationen gehämmert wurde, über ansehnliche praktische Kenntnisse des Geld-, Bank- und Börsenwesens verfügt. (Neuerdings hat er das ja gemeinsam mit Lloyd George im Marconi Deal bewiesen.) Im Hause Kuhn, Loeb & Co. also waren die Ansichten geteilt. Wenn man von dem als Juniorpartner ohne größeres Privatvermögen vermutlich nicht allzu einflußreichen Jerome Hanauer absieht, waren zwei Partner — Jacob H. Schiff und sein Schwiegersohn Felix Warburg — gegen und zwei andere — Mortimer Schiff und Otto Kahn — für die Beteiligung. Die Haltung Warburgs als Glied des hochangesehenen und für deutsche Interessen unermüdlich tätigen Hamburger Hauses erklärt sich von selbst. Nur schade, daß sein Bruder Paul, der bekannte Währungspolitiker, vor einem Jahr aus der Firma ausgeschieden ist, als Wilson ihn in das amerikanische „Reichsbankpräsidium“ berief. Auch die Haltung Jacob H. Schiffs scheint durchaus loyal gegenüber seiner alten Heimat zu sein. Das deutet nicht nur seine große Beteiligung an der deutschen Kriegsanleihe — bei dem Wechselkurs kein schlechtes Geschäft — und die Gabe für die Kriegsfürsorge seiner Vaterstadt Frankfurt an, sondern gar manches, was bisher nicht in der Oeffentlichkeit bekannt wurde. Man sollte auch nicht zu viel Aufhebens machen von einem im Vorjahr kolportierten Interview dieses Nestors der amerikanischen Finanzwelt. Es hat sich damals um eine, in Frankreich und England noch viel mehr als bei uns angegriffene Entgleisung gehandelt. Schiff senior ist, wie jeder, der ihn kennt, zugeben muß, ein ausgeprägter, standhafter Charakter, der in dieser Richtung sehr vorteilhaft von der erdrückenden Mehrzahl der andern internationalen Finanziers absticht. Nicht umsonst nimmt Schiff unter den doch sicherlich recht kritisch veranlagten 1¼ Mill. New Yorker Juden die Stellung einer Art von König ein. In Bezug auf den aufrechten Charakter ist der zweifellos sehr tüchtige Herr Otto Kahn sein extremes Gegenstück. Es würde ja als Beweis an und für sich genügen, wenn man kurz den Lebenslauf des „Engländers“ Kahn skizziert. Er ist in Mannheim als Sohn einer angesehenen Familie geboren — sein Bruder ist der Komponist Robert Kahn, sein Schwager Geheimrat Deutsch von der AEG. — und diente seinem damaligen Landesherrn als Kavallerieeinjähriger in Mainz. Ueber die Deutsche Bank in London führte sein Weg zu Speyer in New York und von da durch Einheiraten zur Firma Kuhn, Loeb & Co. Er hoffte, in New York in den geheiligten Kreis der Vierhundert — übrigens ziemlich neue Erfindung eines Champagneragenten — einzudringen. Zur Erreichung seines Zieles ließ er nichts unversucht. Vor allem sollte ihm seine geschickte Leitung der großen Oper dazu verhelfen. Als er vor einigen Jahren einen recht teueren Kontrakt mit einer berühmten russischen Tänzerin für das Metropolitan Opera House abschloß, knüpfte er daran nur eine Bedingung: Die Künsterin mußte vor ihrem ersten öffentlichen Auftreten in Amerika in einer von Herrn Kahn zu veranstaltenden Privatsoirée ihr Debüt feiern. Zu diesem verschickte Kahn dann die Einladungen. Die Astors, Vanderbilts und Konsorten würden sicher kommen, denn ihre Sensationslust, so wußte er, ging noch über ihren Antisemitismus. Allerdings lud er vorsichtigerweise nicht etwa in sein Haus, sondern in ein neutrales Hotel ein. Das sollte die Ueberleitung zu seiner Gesellschaftsfähigkeit werden. Der Plan ist gescheitert, nicht zuletzt darum, weil Herrn Kahns Aussprache der englischen Sprache bei internationalen Bankiers merkwürdig häufige Mängel zeigt — Mängel, wie sie selbst der Intimus König Eduards, der „Urengländer“ Sir Ernest Cassel aufweist. Herrn Kahns unbegrenzter sozialer Ehrgeiz bleibt also in New York unbefriedigt. Darum schielt er schon längst nach London, wo man in dieser Hinsicht viel liberaler ist, wo Sprach- und Geburtsfehler mit hübschen Titeln gut und preiswert verdeckt werden. Die ersten Schritte für die Uebersiedlung sind schon früher geschehen. Man hat sich vor Jahren in London angekauft, hat längst die englische Staatsangehörigkeit, hat bei Kriegsausbruch eine enorme Summe für das englische Rote Kreuz zinslos hergegeben und jetzt wird eine noch enormere gegen Zinsen gezeichnet. Wenn nicht noch im letzten Augenblick Mac Kennas Income Tax abschreckend wirkt, so wird die Gallerie englischer Charakterköpfe bald nach Aufhebung der Minensperre um ein ungewöhnlich wertvolles Exemplar bereichert werden. (Fachleute werden diesen Vorgang rechtzeitig auf dem Kurszettel an einer starken Verbesserung des Sterlingkurses beobachten.)

Französische Kriegsfinanzen.

Von **Hermes**.

Vor kurzer Zeit hat der französische Finanzminister Ribot der Deputiertenkammer einen neuen Gesetzentwurf, das sogenannte Gesetz der provisorischen Zwölftel, zugehen lassen. Dieses Gesetz hat den Zweck, die dem laufenden Geschäftsjahr bestimmten Kredite, zum mindesten bis auf weiteres, zu ergänzen. Was dem Entwurfe ein besonderes Interesse verleiht, ist das „Exposé des natifs“, das ihn begleitet, und das die Möglichkeit gibt, die Gesamtheit der bisher erfolgten und für die nächste Zukunft vorhergesehenen Ausgaben, sowohl für das Jahr 1915, als auch für die Zeit seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten zu übersehen.

Was zunächst das laufende Jahr anbetrifft, so fordert der Gesetzentwurf eine Erhöhung der früheren provisorischen Kredite um 6 216 457 895 Franken, die für die Ausgaben des letzten Vierteljahrs 1915 bestimmt sind. Obwohl diese Summe die für das dritte Vierteljahr 1915 vorgesehenen Kredite um nicht weniger als 592 830 922 Franken übersteigt, so stellt sie doch nicht einmal die Gesamtheit der Ausgaben dar, die man für die Zeit Oktober bis Dezember 1915 in Aussicht nehmen muß. Das Exposé gibt solches offen zu: „Die Ziffern, die wir Ihnen unterbreiten, können das volle Maß unserer militärischen Anstrengungen nicht widerspiegeln: von den Fabrikationen und den dadurch verursachten Ausgaben haben wir naturgemäß nur denjenigen Teil in Rechnung gestellt, deren Ausführung erledigt zu sein scheint, und deren Bezahlung in die Zeit vor dem Abschlusse des Geschäftsjahres fallen kann“. Der ausdrückliche Hinweis hierauf und noch mehr seine verklausulierte Form lassen also die Möglichkeit einer weiteren beträchtlichen Vermehrung der Ausgaben des letzten Vierteljahres 1915 durchaus offen. Zudem hat Ribot, mit Ausnahme der für die nationale Verteidigung bestimmten Kredite, für die Berechnung der Gesamtkredite die mathematischen Zwölftel des Budgets von 1914 als Basis genommen. Von Abänderungen ist nur insoweit die Rede, als sie sich automatisch aus den Umständen ergeben bzw. durch die Beschlüsse der Kammer erforderlich geworden sind: Für alle „neuen Maßnahmen“ (metures nouvelles), worunter offenbar eben neue Kreditforderungen zu verstehen sind, behält sich der Finanzminister ausdrücklich ein „projet spécial“ vor.

Die oben erwähnte Vermehrung der Kredite um 592 830 922 Franken stellt an sich nur einen Teil der wirklichen Ausgabenerhöhung der beiden im Vergleich stehenden Trimester dar. Tatsächlich beträgt, allein in den Ministerien des Kriegs und der Marine, die Steigerung 798 527 701 Franken. Die Differenz von rund 205 Mill. Franken ist nur durch die gewaltsame Herabminderung der Bedürfnisse der übrigen Verwaltungen des Staates möglich gewesen. Im übrigen hebt das Exposé ausdrücklich und nachdrücklich hervor, daß es nicht angängig sei, aus diesem Umstande zu schließen, daß nun tatsächlich für das nächste Vierteljahr auf eine Ersparnis von 205 Mill. Franken zu rechnen sei. Denn um zu dieser Ermäßigung zu gelangen, hat man drei Mittel in Anwendung gebracht. Zunächst hat der Krieg und seine Begleiterscheinungen der Tätigkeit der Verwaltungen engere Grenzen gezogen, und in dem Maße, in dem sich die Feindseligkeiten verlängern, wird es möglich, diese Einschränkungen, die notwendigerweise Ersparnisse im Gefolge haben müssen, zu präzisieren. In zweiter Linie haben zu dem Ergebnis auch die Maßnahmen beigetragen, die seitens der französischen Regierung im Sinne einer Erleichterung der Staatslasten getroffen worden sind. Man muß Ribot die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er keine Gelegenheit verabsäumt hat, um wieder und wieder zur Sparsamkeit zu ermahnen. Immerhin wäre es interessant gewesen, in dem Exposé des Ministers etwas Näheres über den Erfolg dieser Mäßigkeitspolitik zu erfahren. Das Exposé schweigt sich über diesen wichtigen Punkt völlig aus, so daß man vielleicht in der Annahme nicht fehl geht, daß die klugen Ratschläge Ribots nur teilweise Gehör gefunden haben. Ueber das dritte Mittel, das angewendet wurde, um eine Verminderung der Ausgaben zu erzielen, äußert sich das Exposé wie folgt: „Wir haben untersucht, welche Disponibilitäten als tatsächlich vorhanden anzusehen sind, und wir haben nur die unentbehrlichen Ergänzungszuschüsse eingeschrieben“.

Vergleicht man nun die Gesamtheit der für 1915 angeforderten Kredite mit den auf Grund des Gesetzes vom 15. Juli 1914 für das verflossene Jahr festgesetzten Ziffern, so findet man statt einer Gesamtausgabe von 5 191 643 085 Franken eine solche von 21 906 711 124 Franken. Die Erhöhung beträgt also fast 17 Mill. Franken. Es versteht sich von selbst, daß an dieser Steigerung die militärischen Aufwendungen am meisten beteiligt sind. Indessen haben sich auch die Bedürfnisse der Zivilbehörden um 1 618 000 000 Franken erhöht, indem sie von 1774 Mill. auf 3392 Mill. Franken angeschwollen sind. Diese Differenz wird als „unmittelbare Folge der Feindseligkeiten“ nur für 1461 Mill. motiviert. Das Budget von 1915 war nämlich schon im voraus stark belastet worden. Auch ohne den Krieg hätte das Budget des laufenden Jahres eine bedeutende Steigerung erfahren. Ribot wußte sich dieser Zwangslage gegenüber nicht anders zu helfen, als indem er gewisse Dienstzweige einschränkte und die Ausführung neu beschlossener oder bereits in Angriff genommener Arbeiten des Staates auf unbestimmte Zeit suspendierte, soweit eben solches

mit den Erfordernissen der Lage in Einklang zu bringen war. Indessen betont der französische Finanzminister, daß alle diese provisorischen Kredite in definitive umgewandelt werden sollen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird der Kammer in diesem Sinne zugehen.

Die strikte Beobachtung dieser vernünftigen Grundsätze ist angesichts der fortdauernden Steigerung der Ausgaben eine Notwendigkeit. In welchem Maße und in welchem Tempo sich die Aufwendungen erhöhen, dafür gibt folgende Zusammenstellung ein anschauliches Bild. Die ungeheuren Kosten der Mobilisation und die sehr beträchtlichen Requisitionsspesen des ersten Kriegsmonats sind in den nachstehenden Ziffern nicht einbegriffen:

Durchschnittliche Monatsausgaben des Staates:

	Militärische Ausgaben:	Gesamtausgaben:
	in Millionen Francs:	
5 Monate 1914	800	1340
1. Semester 1915	1100	1665
3. Vierteljahr 1915 . . .	1300	1870
4. Vierteljahr 1915 . . .	1500	2075

Um alle diese Ausgaben zu bestreiten, ist der Staat in der Hauptsache auf den Kredit angewiesen. Der gegenwärtige Augenblick wäre schlecht gewählt, um das bekannte fiskalische Régime Frankreichs umzuwälzen und der ohnehin so belasteten Finanzverwaltung neue Pflichten aufzuerlegen. In einem Lande wie Frankreich muß der Grundsatz aufgestellt werden, daß, je mehr die Arbeit geschont und die Spartätigkeit erleichtert wird, der Staat um so leichter seine Anleihen im Publikum unterbringen wird.

Die Plazierung der bisher ausgegebenen Bons und Obligationen der nationalen Verteidigung ist ohnehin schwierig genug, und es bedarf von Seiten der Regierung der größten Rücksicht auf das Volk, um es in einigermaßen erträglicher Laune zu erhalten. Einschließlich der im Auslande abgesetzten Bons betrug deren Umlauf am 31. August d. Js. 7871 Mill. Franken. Die Zeichnungen auf die Obligationen hatten am gleichen Tage insgesamt 2241 Mill. Franken erbracht. Für ein Rentnerland wie Frankreich ist dieses Ergebnis einer dreizehnmonatigen, mit allen Mitteln betriebenen Propaganda recht dürftig. Zehn Milliarden Franken! Damit kann das Land noch keine fünf Monate Krieg führen. Und doch ist diese vergleichsweise unbefriedigende Ziffer eine drückende Last für den französischen Fiskus, denn diese zehn Milliarden sind nicht nur eine hochverzinsliche, sondern — was weit schwerer wiegt — eine kurzfristige Zahlungsverpflichtung. Wie sollen die Gelder aufgebracht werden, wenn sich, wie es doch den Anschein hat, die Feindseligkeiten weiter in die Länge ziehen? Während die Bedürfnisse der Stunde neue ungeheure Summen für die Zwecke der Landesverteidigung dringend erheischen, hat der französische Finanzminister im Gegenteil für die Bereitstellung der Mittel zu sorgen, die erforderlich sind, um die aufgenommenen kurzfristigen Anleihen zurückzuzahlen! Nur eine Kriegsanleihe, die erste in diesem Kriege, kann aus der gefährlichen Lage herausführen, die sich von Tag zu Tag mehr verschärft. Denn auf die Mitwirkung der Banque de France ist auf die Dauer nicht mehr zu rechnen. Sei ist bisher für die Finanzierung dieses Krieges in einer Weise herangezogen worden, daß eine weitere namhafte Inanspruchnahme des Instituts kaum noch in Frage kommt, soll die französische Banknote nicht entwertet werden. Die Besprechung der Rolle, die dem französischen Zentralinstitut in dieser schweren Zeit zugefallen ist, mag einem zweiten Artikel vorbehalten werden.

Auslandsspiegel.

Genug!

Im „Eclair“ vom 28. August schreibt C. Millaud unter obiger Ueberschrift folgendes:

. . . Sie stehen einer unleugbaren Tatsache gegenüber. Von Tag zu Tag setzt sich die deutsche Erzeugung in Frankreich mehr durch. Ohne aus Ihrer Wohnung herauszugehen, sehen Sie sich zu Hause um. Das Gewebe Ihrer Kleider, eine große Anzahl Kleidungsstücke, Luxusgegenstände, das Parfüm Ihrer Frau — alles ist deutscher Herkunft. Was die billigen Sachen Ihrer Dienstmädchen anbetrifft, so besteht kein Zweifel darüber, daß sie ebenfalls vom deutschen Markte stammen. Die Spielsachen, die Puppen, die reichlich kolorierten Bücher Ihrer Kinder sind in Nürnberg und Leipzig hergestellt. Ihre Porzellane, Ihre Glassachen, Ihre Nippessachen, Ihre Musikinstrumente, das Bierrestaurant, in das Sie gehen, die Oper, die Sie hören, der Oeldruck, den Sie einrahmen, sind sie nicht trotz all ihrer französischen Marken deutschen Ursprungs? Sind all ihre Pariser Aufmachungen wirklich dieser Herkunft?

Uebertreibung — Pessimismus, wird man sagen. Nein — eine wirkliche und wahrheitsgetreue Beschreibung der methodischen Eroberung des französischen Marktes durch die deutschen Erzeugnisse.

Werden wir es verstehen, aus diesen Warnungen Nutzen zu ziehen? Oder werden wir die deutsche Konkurrenz ihre Arbeit bei uns fortsetzen und den Welthandel durch ihre Blutegel aufsaugen lassen? Die Stunde verlangt eine Entscheidung. Nicht eine Minute ist zu verlieren. Wir brauchen Taten und nicht mehr Worte . . .

Association nationale d'expansion industrielle et commerciale.

In Frankreich hat sich soeben ein Verein gebildet, der sich die Aufgabe gestellt hat, die wirtschaftliche Expansion Frankreichs mit allen Mitteln anzustreben. — In dem Aufruf, mit dem sich diese Vereinigung an die französischen Industriellen wendet, wird erklärt, daß die „Association nationale" — so heißt die neue Körperschaft — das Ziel hat, „die Vereine und die Personen, die dem Handel und der Industrie angehören oder sich dafür interessieren, zusammenzuschließen, um ihre Anstrengungen zu vereinigen und ihre Arbeiten übereinstimmend zu machen."

Das Programm der Nationalen Vereinigung besteht aus zwei Teilen. Der eine Teil hat die Aufgabe, die Mittel ausfindig zu machen, um die Einfuhr deutscher und österreichischer Waren zu verhindern. Der andere Teil will die Mittel ausarbeiten, die nötig sind, um die französische Ausfuhr zu entwickeln. Ein besonderer Fragebogen ist für beide Teile aufgestellt worden. Der Fragebogen für den erstgenannten Teil hat folgenden Wortlaut:

1. In welchem Maße glauben Sie, anderswo Rohstoffe finden zu können, die an Stelle der bisher von Deutschland bezogenen treten können?
2. Ist Ihre Industrie gegenwärtig imstande, den deutschen ähnliche Erzeugnisse zu liefern,
   a) in genügender Menge;
   b) zu gleichem oder annähernd gleichem Preise?
3. Kann man in Frankreich neue Fabriken errichten, die mit den deutschen Fabriken wirksam konkurrieren können?
4. Ist es in Ermangelung französischer Erzeugnisse möglich, die oben bezeichneten deutschen Produkte durch solche verbündeten oder neutralen Ursprungs zu ersetzen?
5. Ist Ihnen bekannt, daß deutsche Unternehmungen in den neutralen Ländern gegenwärtig Fabriken errichten, um bei den Verbündeten die Erzeugnisse dieser Fabriken unter Maskierung ihres deutschen Ursprungs einzuführen?

Der zweite Fragebogen ist folgendermaßen abgefaßt:

1. Würde die Intensivität der Produktion Ihrer Industrie ihr in normalen Zeiten erlauben, andere Produkte oder größere Mengen von gegenwärtig exportierten Produkten zu exportieren?
2. Ist Ihre Industrie mit ihrer ausländischen Kundschaft in Berührung? Durch ständige Vertreter (die für ein Haus oder für mehrere tätig sind)? Oder durch Reisende, die sie in regelmäßigen Abständen besuchen? Oder von Agenten französischer Schiffahrtsgesellschaften? Oder von französischen Vermittlern (Kommissionären, Zollagenten usw.)?
3. Poussieren Sie die ausländische Kundschaft? Durch Unterausstellungen? Durch Katalogsendungen in der Sprache des Landes, mit Preismarkierungen in der Valuta des Landes, mit Angabe der Gewichte oder der Maße de Landes?
4. Erfolgen Ihre Verschiffungen unter französischer oder unter fremder Flagge? Auf regelmäßigen Linien oder auf Transportschiffen?
5. Erfolgen Ihre Lieferungen im Auslande durch von Ihnen abhängige Agenten? Oder nehmen Sie Ihre Zuflucht zu von Ihnen unabhängigen Mittelspersonen? Sind diese Mittelspersonen Ausländer?
6. Sind Sie über die Zahlungsfähigkeit und Ehrenhaftigkeit der Häuser, mit denen Sie im Auslande Geschäfte machen, genau unterrichtet? Durch welche Mittel?
7. Wie fassen Sie die Bankorganisation auf, die unseren Exporteuren die Diskontierung des langsichtigen Papiers erlaubt? Haben Sie in dieser Hinsicht Wünsche zu äußern?
8. Haben Sie sonst allgemeine Bemerkungen zu machen über die Mittel, um den Export der französischen Erzeugnisse zu entwickeln?

„Warum der deutsche Handel in England durch den französischen ersetzt werden muß"

Unter diesem Titel untersucht der „New-York Herald", dessen in Paris erscheinende „europeaw edition" sich weit chauvinistischer geberdet als die französischen Zeitungen, die Methoden, mit denen der deutsche Handel in England verdrängt und durch den französischen ersetzt werden kann. Die Notwendigkeit dazu erklärt er mit wirtschaftlichen und politischen Gründen. Der wirtschaftliche Grund wäre die Tatsache, daß die französische und die britische Wirtschaft einander ergänzen. Die U. S. und Deutschland hätten eine Produktion und Rassefähigkeiten, die denen Englands ähnlich seien. Ganz anders Frankreich, dessen natürliche Hilfsquellen und Fähigkeiten von den englischen ganz verschieden seien. Was die politischen Gründe anbetrifft, die den französischen Export notwendig nach England orientieren, so beruhen sie auf dem Umstande, daß Deutschland, sobald es sich darum handelte, zu konkurrieren, den Engländern stets unsympathisch gewesen sei(!)

„Deutschland," so schreibt der New-York Herald, „lieferte an England Nahrungsmittel. Die Normandie, l'Ile de france, die Bretagne, le Maine und l'Anjou, Nantes, die Vendée, Charentes, die Provence und Nizza, die Champagne, das Dauphiné und Algier brauchen nur ihre natürliche Erzeugung zu erhöhen und eine Produktions- und Verkaufsorganisation zu schaffen.

Deutschland verkaufte Rohstoffe. Der Nord, die Ardennen, Lothringen, der Jura, die Pyrenäen, Algier und Tunis haben auch welche(!).

Was manufakturierte Artikel anbetrifft, so haben Paris, der Nord, die Normandie, die Gegend von Reims und Lyon, Lothringen den Ruf, gute und schöne Arbeit zu liefern.

Für den französischen Handel ist also ein offenes Feld der Betätigung da, und der Augenblick ist gekommen, von den Bedürfnissen, die Deutschland nicht

befriedigen kann und darf, zu profitieren, um den Platz, den es inne hatte, einzunehmen. Dazu ist es nötig, die Liste der in England verkauften Produkte zu kennen. Aber es wäre auch erforderlich, schon jetzt und in jeder Industrie, die deutschen Artikel, die der englischen Kundschaft gefielen, zu sammeln. Denn die Liste allein genügt nicht. Es wäre daher für jeden Industriellen nützlich, die Artikel, die in diesem Augenblick fehlen und die von ihm fabriziert werden könnten, zu sehen und sich zu verschaffen...

Die Artistenbörse

In Paris hat sich kürzlich ein Ausschuß gebildet, der sich die Aufgabe gestellt hat, die Hamburger Artistenbörse nach Paris zu verlegen. Der Ausschuß hat soeben folgenden Aufruf veröffentlicht:

„Unter den reichsten Beutestücken, die Deutschland uns entrissen hatte, befand sich die Zentralisierung aller Korporationen, die auf das Schauspiel Bezug haben. Deutschland war es, das gelehrige Tiere, wilde Bestien, Phänomene aller Art verkaufte. Deutschland war es, das Musikinstrumente, Orgeln, elektrische Beleuchtungsapparate, Theatermaterial, Kostüme, Perücken, Schminken usw. herstellte. An Deutschland mußte man sich wenden wegen Reklame, Drucksachen usw. Kurzum, Deutschland war der große Vermittler zwischen Artist, Direktor und Impresario.

Auf diese Weise hatten sich, in Hamburg und in Leipzig, zwei große wirtschaftliche Mittelpunkte gebildet, deren berühmte Messen in der ganzen Welt bekannt und von der ganzen Welt besucht waren.

Um Frankreich in den Stand zu setzen, den Weltmarkt der Schauspielindustrie wieder an sich zu reißen, um zwischen unseren Korporationen einen Mittelpunkt in bezug auf Beziehungen, Auskünfte und Tätigkeit zu schaffen, wollen wir die Hamburger Börse in Paris wieder aufrichten.

Dank unserer Initiative wird es uns gelingen, einen Ort des Stelldicheins für alle diejenigen zu schaffen, die vom Schauspiel leben. Allen französischen Korporationen unserer Industrie werden wir die Möglichkeit geben, sich gegenseitig kennen und schätzen zu lernen. Durch uns wird Frankreich mit einem neuen Anziehungspunkt ausgestattet werden, der ein beträchtliches Kontingent fremder Besucher in die Hauptstadt führen wird. Durch unser Werk wird die Lichtstadt wieder der unbestrittene Mittelpunkt der Weltindustrie des Schauspiels werden. Auf diese Weise werden wir dem Aufschwung der Industrie und des Handels Frankreichs nach dem Kriege, wie er sich auf den Trümmern des zu Boden geschlagenen Germaniens erheben wird, den schönsten Prolog gegeben haben."

Die Adresse dieses „vielversprechenden" Unternehmens verdient, auch der deutschen Oeffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Hier ist sie: Paris, 64, Faubourg Saint Denis. Die Bureaustunden sind von 3—5 Uhr nachmittags. Man kann der Meinung sein, daß die Herrschaften früher werden aufstehen müssen . . .

„Nieder mit dem deutschen Handelsjoch!"

Es ist bekannt, so schreibt die „Idea nazionale", daß die deutschen Industrien bereits über Vorräte in Erzeugnissen gewisser Kategorien verfügen, die sie bereit sind, bei Friedensschluß auf die ausländischen Märkte zu werfen. Man weiß auch, daß sie beabsichtigen, aus dem Umstande Nutzen zu ziehen, daß ihre Fabriken unversehrt geblieben sind, um, falls erforderlich, schneller zu produzieren. Auf diese Weise werden sie die fremden Märkte mit ihren Erzeugnissen aufs neue überschwemmen. In ihrer unendlichen Güte freuen sich die Deutschen schon im voraus darauf, die Vorsehung der Länder, die sie zerstört haben, zu werden, indem sie alles zum Wiederaufbau Notwendige zu angemessenen Preisen offerieren.

Es ist offenbar, daß wir einer der schwersten Finanz- und Arbeiterkrisis entgegengehen würden, wenn wir Deutschland erlaubten, alle unsere Märkte zu erobern, unsere heimische Erzeugung zu ersticken und aus Italien das klassische Land des deutschen Parasiten(!) zu machen. In diesem Falle würde sich in der Tat der germanische Einfluß auch auf die unserer Eindringung unterworfenen Länder ausdehnen, sodaß die Eroberung dieser Länder in Wirklichkeit zu Ehren und zum Ruhme Deutschlands erfolgt wäre . . ."

Revue der Presse.

Die ostasiatische Frage ist heute ungelöster denn je. Während sich Japan die politischen und wirtschaftlichen Krisen Europas zunutze zu machen sucht und die Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen scheint, seine führende Großmachtstellung in Asien zu kräftigen und auszudehnen, gibt man sich in China [illegible]ierlichen monarchischen Gefühlen hin. Gleichgültig, [illegible] diese Bestrebungen ausgehen werden: das [illegible]e Reich wird nicht umhin können, engere [illegible]liche Beziehungen zu China zu entwickeln. [illegible]sche Zeitung (1. Oktober) rekapituliert den Inhalt einiger Vorträge, die der Deutsch-Chinesische Verband über

Chinas wirtschaftliche Bedeutung

halten ließ. Hervorgehoben wird die ja bekannte erfreuliche Tatsache, daß im Weltkrieg die Sympathien der Chinesen durchaus auf Deutschlands Seite liegen. Die Leistungen auch der wirtschaftlichen Mobilisation haben diese Sympathien noch vergrößert. Nach allem bietet China nach dem Kriege für Deutschland die günstigsten Aussichten in wirtschaftlicher und handelspolitischer Beziehung. Dazu aber ist für uns

Deutsche nötig, Chinas Volkswirtschaft und Handel sowie die Eigenarten des chinesischen Charakters etwas näher kennen zu lernen. China hat bereits deutscher Arbeit manches zu danken; es ist aufnahmefähig und bereit, weitere Verbindungen mit Deutschland einzugehen. Der Boykott gegen japanische Waren, der allem Anschein nach nicht so bald aufgehoben werden wird, unterstützt diese Bereitschaft. — Wie sehr Englands äußerst günstige geographische Lage für den Aufschwung der Textilindustrie grundlegend gewesen ist, kommt namentlich jetzt im Kriege im Vergleich zu Deutschlands kontinentaler Gebundenheit zum Ausdruck. Eine Gegenüberstellung der Verhältnisse im

englischen und deutschen Webstoffgewerbe

bringt die Textilwoche (6. Oktober). Englands, durch großen Kolonialbesitz gewährleistete Unabhängigkeit in der Beschaffung aller Rohprodukte und die qualitativ besonders hoch zu bewertende Verarbeitung haben Liverpool und Manchester den ersten Platz auf dem Weltmarkt erobert. Jedoch durch starren Konservatismus in Handel und Industrie, der es prinzipiell verschmäht, neben der qualitativen auch die quantitative Produktion zu fördern, ist ihm in Deutschland insofern ein Gegner entstanden, weil Deutschland es verstanden hat, durch größeres Entgegenkommen auf die Wünsche und Bedürfnisse der Kundschaft sich die Vorherrschaft auf dem Markte der geringeren, den besseren nachgeahmten Waren zu verschaffen. Während Englands Stärke in der qualitativen Produktion liegt, dominieren die Vereinigten Staaten und Deutschland in der Variation der Webstoffe. Namentlich Deutschland hat in Spezialitäten in der Textilindustrie einen großen Vorsprung vor England. Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Textilgewerbe während der Kriegszeit weisen auf die Notwendigkeit hin, in der Versorgung mit Rohstoffen eine möglichst große Unabhängigkeit von England zu erlangen. Erforderlich für den Aufschwung im deutschen Textilgewerbe wäre weiterhin, die Maschinenindustrie dafür zu interessieren, bei der Herstellung von Textilmaschinen ins Auge zu fassen, möglichst feine, qualitative Baumwollgarne herstellen zu können; denn England besitzt hier einen entschiedenen Vorsprung, den einzuholen unsere Industrie voll befähigt sein dürfte. — Die große aktuelle politische Bedeutung Bulgariens erregt natürlich auch das Interesse für die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Balkanstaates. In der Vossischen Zeitung (6. Oktober) findet sich eine kurze Uebersicht über

Bulgariens wirtschaftliche Bedeutung.

Bei einer Einwohnerzahl von knapp fünf Millionen, von denen vier Fünftel sich mit Ackerbau und Viehzucht beschäftigt, ist Bulgarien als reiner Agrarstaat anzusehen. Unter den Bodenprodukten steht Getreide an erster Stelle. Weizen und Mais herrschen vor und sind die Hauptexportartikel. Der Handel mit Gerste, Roggen und Hafer ist unerheblich. Gemüsekultur, Tabak- und Hanf- sowie Weinbau und Rosenölproduktion ist zwar vorhanden, haben aber für die Ausfuhr keine Bedeutung. Die Viehzucht, besonders Schaf- und Mauleselzucht, steht dagegen in hoher Blüte. Unter den übrigen Landesschätzen Bulgariens könnten die in fast allen Arten vorhandenen Mineralien eine große Rolle spielen; daß trotzdem von einer Bergbauindustrie nicht gesprochen werden kann, liegt wohl am Finanzmangel. Bulgarien konnte weder selbst die Mittel dafür aufbringen, noch ist diese für das Land sehr vielversprechende Industrie vom Ausland bisher kapitalisiert worden. Die Entwicklung der Industrie, die ein Gesamtkapital von nur ungefähr 70 Millionen Franken repräsentiert, ist durch die Notwendigkeit der Kohleneinfuhr vom Ausland gehemmt und wird für das durchaus nicht kohlenarme Bulgarien wohl erst mit Inangriffnahme des Bergbaues fortschreiten. — Nachdem durch unsere großzügigen wirtschaftlichen Vorkehrungen die Frage des Durchhaltens nahezu sorglos erscheinen darf, konzentriert sich das Interesse nunmehr auf eine Versorgung zu angemessenen, erschwingbaren Preisen. Aufstellung von Höchstpreisen und besonderen, auf den Kriegsfall zugeschnittenen, Wucherverboten haben namentlich auf dem Gebiete der militärischen Ausrüstung und der Nahrungsmittelversorgung etwas integrierend gewirkt. Inwiefern

die Preisentwicklung im Webstoffach

vor sich gegangen ist, welche Berechtigung sie hat, erläutert Dr. P. Borchardt in der Vossischen Zeitung (28. September).

Die überreichen Lagervorräte, Vorversorgung der Fabriken und Zurückbehaltung der Ausfuhrwarenmengen ließen in den ersten Kriegsmonaten eine Verringerung in der Versorgung mit Webstoffen überhaupt nicht aufkommen. Den großen Anforderungen für den Heeresbedarf, der tiefe Breschen in den Webstoffbestand schlug und Anlaß zu starker Preissteigerung gab, standen die Ergebnisse der Reichswollwoche sowie die in Feindesland beschlagnahmten Beutebestände gegenüber, sodaß sich dadurch immerhin ein gewisser Ausgleich in der Preisberechnung ergeben konnte. Nach und nach entwickelte sich jedoch eine unbestreitbare Tendenz zur Preissteigerung, die namentlich bei Wolle besonders hoch ist. Der starke Heeresbedarf für diesen Rohstoff und die Unterbindung überseeischer Zufuhr sind hierfür begründend. Von den vier Rohstoffen hat Baumwolle wohl die interessanteste Preissteigerung erfahren. Vom Pfundpreis von 65½ Pfennig im Juli, nach einem Preisfall auf 63½ Pfennig im September, stieg sie im Oktober auf 78, im November auf 88 und erreichte im Dezember mit 91 Pfennig ungefähr das Doppelte eines niedrigen Weltmarktpreises. Während in den ersten Monaten des Jahres 1915 die Preise auf 75 herabgingen, stiegen sie vom März/April ab wieder und erreichten im Juni 128, in den letzten Monaten die Höhe von 164 Pfennig, waren also um fast 100% gestiegen. Die Preisstellung in fertigen Baumwollwaren, die ja bekanntlich mit denjenigen bei den Rohstoffen nicht immer übereinstimmt, geht in der Mehrzahl 50 % über den Normal-

preis hinaus. Verfasser hält diese Preissteigerung für ganz unverhältnismäßig hoch. — Wohl in allen Ländern ist während des Krieges die Erscheinung zutage getreten, daß gewisse Industrien stark zurückgingen, während andere, die sogenannten Kriegsindustrien, den höchsten Nutzen aus der Kriegslage zogen. Wie diese Umstände das

schwedische Wirtschaftsleben

beeinflußt haben, beschreibt der von der Vossischen Zeitung (5. Oktober) nach Schweden entsandte Sonderberichterstatter. Dem Hauptexportartikel Schwedens, dem Eisenerz, wurde seitens England große Schwierigkeiten bereitet, obwohl nicht nur Deutschland, sondern auch England selbst auf die Einfuhr schwedischen Erzes angewiesen ist. England besitzt scheinbar nicht die Einsicht, von der Unterbindung der Erzausfuhr Abstand zu nehmen, auch wenn es dadurch noch so sehr selbst in Mitleidenschaft gezogen wird. Nächst England ist Schweden der am meisten Leidtragende; denn Deutschland steht zur Verschiffung der Weg durch die Ostsee frei. Den Export von lebendem Vieh und Fleisch hat Schweden soeben durch ein Ausfuhrverbot beschränkt, das sich jedoch nicht etwa gegen Deutschland richten soll. Grund ist vielmehr die Notwendigkeit, die abnorm hohen Fleischpreise Schwedens wieder auf eine angemessene Höhe zu bringen. Das Ausfuhrverbot bestimmt, daß das Quantum der Ausfuhr und der auf den heimischen Markt gelieferten Waren gleich sein müsse, stellt also eigentlich nichts anderes als eine gewaltsame Preisregulierung dar. Die Tendenz, durch Ausfuhrverbot den internationalen Güteraustausch zu erschweren, mag in der Kriegszeit berechtigt, ja notwendig sein. Angesichts der großen Gefahr aber, daß dieser Zustand der Einengung des Handels auch über den Krieg hinaus bestehen bleiben könnte, ist das Umsichgreifen dieser Bestrebungen in höchstem Maße zu bedauern; denn wenn die schwedische Industrie sich zwangsweise veranlaßt sieht, neue, bisher von Deutschland bezogene Fabrikate herzustellen, so würde es für den deutschen Kaufmann sehr schwer werden, das verlorene Absatzgebiet wieder zurückzuerobern. — Ueber die Frage, ob die Veröffentlichung der

Devisen- und Notenkurse

noch während des Kriegszustandes wieder zuzulassen sei, hatte der Deutsche Handelstag die Handelskammern der Bezirke, in denen sich eine Börse befindet, aufgefordert. Nach dem Berliner Tageblatt (5. Oktober) sprachen sich Breslau, München, Lübeck, Stuttgart sowie Dresden, von deren Handelskammer die Anregung ausging, bejahend aus. Die Ablehnung der anderen Handelskammern wurde damit motiviert, daß zurzeit eine zuverlässige öffentliche Kursnotierung infolge der Auslandsverbindungen sehr fraglich wäre und daß die Kursnotizen oft ganz überraschenden Schwankungen unterlägen. Bei der Post bestehen diese Nachteile bei der Veröffentlichung der Postanweisungskurse nicht, weil sie nur in längeren Zwischenräumen erfolgt. Solange nicht der freie internationale Geldmarkt wiederhergestellt ist, müssen die privaten Kurslisten genügen. — Nach dem Berliner Börsen-Courier (8. Oktober) hielt jüngst ein Direktionsmitglied bei der Hamburg-Amerika-Linie, Herr Huldermann, einen Vortrag über

die deutsche Schiffahrt vor und nach dem Kriege.

Er beleuchtete die Schwierigkeiten, die der deutschen Schiffahrt durch die Eisenbahntarifpolitik und durch Antwerpens und Rotterdams Konkurrenz vor dem Krieg beschieden waren, die aber dennoch nicht vermochten, ihren Aufschwung zurückzuhalten. Ueber die „Gegenwart", die für die deutsche Schiffahrt ja eigentlich nicht bestände, hinweggehend, bezeichnete er in kurzen Umrissen als Voraussetzung, von der die Zukunft der Schiffahrt abhängen wird, die Entwicklung des deutschen Außenhandels. Sollte die Kaufkraft der feindlichen Staaten geschwächt sein nach dem Kriege, und die deutschen Waren gewissermaßen boykottiert werden, so muß man auf Aequivalente hierfür sinnen, wie sie seiner Meinung nach in Erweiterung kolonialer Aufgaben zu erblicken wären. Jedenfalls ist für kein anderes Gewerbe als für die Schiffahrt so notwendig, mit den jetzt feindlichen Ländern wieder in Handelsbeziehungen zu treten. — Ueber die

Anmeldung feindlicher Vermögen im Inland

schreibt die Vossische Zeitung (8. Oktober) folgendes. Nachdem die Bundesratsverordnung über die Anmeldung feindlicher Vermögen erlassen worden ist, ist jedermann nach Aufforderung durch die von den Landeszentralbehörden bestimmten Stellen verpflichtet, mit Frist zu erklären, ob bei ihm die Voraussetzungen der Anmeldepflicht vorliegen. Der Begriff Vermögen ist im Sinne der Verordnung so weit zu nehmen, daß alle Arten vermögensrechtlicher Ansprüche wie auch Beteiligungen an Unternehmen im Inland in Betracht kommen. Veräußerungen und Abtretungen von Vermögensgegenständen, die nach dem 31. Juli 1914 von feindlichen Staatsangehörigen vorgenommen worden sind, um sie Vergeltungsmaßnahmen zu entziehen, können nach Anordnung des Reichskanzlers annulliert werden. Künftige Veräußerungen und Abtretungen können nur mit Genehmigung des Reichskanzlers als gültig erkannt werden. Ein kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht oder ein dingliches Recht bleibt, sofern es vor Inkrafttreten der Verordnung erlangt war, unberührt. Halten sich feindliche Staatsangehörige im Inland auf oder steckt ihr Vermögen in einem im Inland befindlichen Betrieb, so greifen die obigen Bestimmungen nicht Platz. Ferner unterliegen die Vermögen, die einer staatlichen Aufsicht oder Verwaltung unterstehen, nicht den Beschränkungen. Ein Verstoß gegen das Verbot, ohne Genehmigung Sachen feindlicher Staatsangehöriger, so auch Wertpapiere und Geldstücke, nach dem Auslande abzuführen, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 50 000 M. bestraft. Die Bundesratsverordnung bezieht sich auf Großbritannien und

Irland, Frankreich, Rußland und Finnland und auf die Kolonialbesitzungen dieser Staaten. Der Reichskanzler hat die Möglichkeit, noch andere feindliche Staaten in den Bereich dieser Verordnung zu ziehen. — Die Frage der ausreichenden Milchversorgung der Großstädte drängt nunmehr einer Entscheidung zu. Zu einer Besprechung

der Milchknappheit

in der Frankfurter Zeitung (6. Oktober) legt Professor Dr. Carl Oppenheimer Ursache und Abwehrmöglichkeiten dar. Zwei Umstände können die mangelnde Milchlieferung veranlaßt haben: allgemeiner Rückgang der Milchproduktion und unwirtschaftliche Verteilung. Der Rückgang der Milchproduktion wiederum, der durchschnittlich 25 % betragen soll, liegt in einer wesentlichen Abnahme des Viehbestandes selbst, sowie im Mangel an Kraftfuttermitteln. Diese Tatsachen hätten aber dennoch nicht eine so prekäre Lage wie die jetzige herbeiführen brauchen. Denn auch in normalen Zeiten wird ja nur etwa die Hälfte der Gesamtmilchproduktion als Vollmilch verwendet; die andere Hälfte ist zur Butter- und Käseproduktion bestimmt. Aber wie auch schon in kritischen Zeiten für den Produzenten der Anreiz besteht, zuungunsten der Milchversorgung die Verbutterung der Milch zu steigern, so kann diese Neigung heute, bei den unverhältnismäßig hohen Butterpreisen nur vergrößert sein. Wenn diese Berechnung jetzt noch nicht dem Milchmangel zugrunde liegt, so ist es jedenfalls als sicher anzunehmen, daß sie im Winter die Preise um ein Bedeutendes weiter hinaufschrauben wird. Es wird also von der Gewinnabsicht der Produzenten abhängen, ob uns dieses wertvolle Nahrungsmittel in einigermaßen ausreichender Qualität zur Verfügung steht. Eine Aenderung in der bisherigen Verwendungsart der produzierten Milch, wodurch allerdings eine bei den steigenden Butterpreisen besonders schwer ins Gewicht fallende Verminderung der Einnahmen hervorgerufen würde, könnte demnach das ganze Milchversorgungsproblem aufheben. Eine reichsgesetzliche Beschränkung der Buttererzeugung würde auf diesen Weg führen. Einführung von der weiteren Milchknappheit vorbeugenden Höchstpreisen allein wäre ohne gleichzeitige Beschränkung der Butterverarbeitung unwirksam. Ungünstige Ergebnisse einzelner Städte rechtfertigen diese Behauptung. Bei allen Maßnahmen, die die Verbutterung verringern, die mangelnde Milchlieferung heben könnten, ist nicht zu vergessen, daß dem Produzenten ein eigenmächtiger Ausweg immer noch offen steht: er kann, wenn ihm die Milchviehzucht nicht mehr lukrativ genug erscheint, ihren Bestand herabsetzen und das dadurch frei werdende Futter zur Schweinemast verwenden; die hohen Viehpreise würden ihn für den Ausfall der Buttereinnahme entschädigen. — Wie sich der

Geschäftsverkehr mit Russisch-Polen

gestaltet hat, wurde nach einer Notiz des Berliner Tageblattes (23. September) in einer Sitzung der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln erörtert. Danach sind die Bemühungen, den Warenverkehr mit den unter deutscher Verwaltung stehenden Gebieten Russisch-Polens zu erleichtern, von Erfolg begleitet gewesen. Nach Einführung der Zollordnung bedarf die Einfuhr keiner speziellen Genehmigung mehr. Die Eingangszölle, die zum Teil sehr hoch waren und dadurch den Geschäftsverkehr mit Russisch-Polen sehr erschwerten, sind auf eine Eingabe hin herabgesetzt worden. Für den Personenverkehr, der nur auf Grund besonderer, nicht sehr leicht erlangbarer Passierscheine möglich ist, werden die Handelskammern um genaue Auskünfte ersucht. Der Postverkehr ist durch Errichtung deutscher privater Postanstalten in Bendzin, Czenstochau, Kalisch, Kolo, Konin, Lodz, Panianice geregelt. Der Eisenbahnverkehr wird voraussichtlich nicht mehr der Linien-Kommandantur zu Lodz, sondern der Eisenbahndirektion Kattowitz unterstehen; das deswegen eingereichte Gesuch hat Aussicht auf Bewilligung. Die Einrichtung von Handelsagenturen ist angeregt, die Verwirklichung dieses Vorschlages unterliegt aber noch dem Votum der Kammern. Im Gesamten hat sich der Handelsverkehr mit den besetzten Teilen Polens in den letzten Monaten sehr entwickelt und wird wohl bei der günstigen Kriegslage keinen Rückschlag zu erleiden haben. — Die Frankfurter Zeitung (1. Oktober) bringt

Bemerkungen zum schweizerischen Einfuhrtrust.

Der Einfuhrtrust ist Tatsache geworden. Durch den Vertrag der Schweiz mit den Vierverbandsmächten erhofft man für die wirtschaftlichen Verhältnisse neues Leben. An den Waren, die nach den Ausführungsbestimmungen zur Ausfuhr freigegeben worden sind, ersieht man deutlich die englische Kopflosigkeit. Denn das Ausfuhrverbot für z. B. Grammophone ist ebenso unverständlich wie lächerlich gewesen. Die Freigabe an die Zentralmächte darf nach der Vertragsklausel nur erfolgen, wenn die Ware nicht imstande ist, die kriegerischen Operationen zu erleichtern. Nun, die u. a. auch freigegebenen Stickereien werden eine Erleichterung kaum gewähren können. Verfasser der Notiz wirft die Frage auf, ob das Prestige der Schweiz in dem Abkommen gewahrt worden sei. Man kann diese Frage bejahen: England wünschte bekanntlich, die Kontrolle über die schweizerische Ausfuhr selbst in die Hand zu nehmen, wurde aber mit dieser Forderung von der Bundesregierung abgewiesen. Auch die geforderte staatliche Gewähr für die vertragliche Einhaltung der an die Ausfuhr geknüpften Bedingungen mußte abgeschlagen werden; in diesem Falle deshalb, weil die Einfuhr-Gesellschaft, zwar eine nationale, so doch aber als private Korporation verpflichtet ist. Der Staat spricht nur insofern in diese geschäftliche Angelegenheit hinein, als die Mitgliedschaft dieser Gesellschaft der Bestätigung der Regierung unterliegt. Hat England in diesem Punkte nichts erzielen können, so hält es sich durch kleinliche Schikanen schadlos: es verlangt monatlich statistische Aufzeichnungen über Einfuhr und Ausfuhr.

Der Vertrag ist für Deutschland insofern von Bedeutung, als das Reich nunmehr die schon vor längerer Zeit in der Schweiz aufgekauften Getreidemengen (Reis, Mais, Futtermittel), die durch das Ausfuhrverbot liegen bleiben mußten, entgegennehmen kann.

Umschau.

Weshalb der deutsche Export stets funktionieren wird. Herr Eugen Löwinger-Charlottenburg, schreibt mir: „Nebst anderen Beweggründen, die unsere lieben Vettern jenseits des Aermelkanals veranlasst haben, uns den Krieg zu erklären, ist von ihnen auch die Notwendigkeit angeführt worden. dem deutschen Ausfuhrhandel den Garaus zu machen, um sich an dessen Stelle zu setzen. Es ist in der Presse bereits von verschiedenen Seiten mit reichlichem Material der Nachweis erbracht worden, dass diese Bestrebungen nicht viel Aussicht auf Erfolg haben, aber unseres Erachtens ist auf einen besonderen Umstand hinzuweisen bisher unterlassen worden, der die Erklärung auch dafür gibt, dass Deutschland — in den jetzigen schweren Tagen — noch immer ein ansehnliches Exportgeschäft über die neutralen Häfen abwickeln kann. Zu den verschiedenen Spielarten, die das Exportgeschäft zeigt, gehört das „Einkaufshaus“ in Europa, an das die überseeischen Kunden alle ihre Aufträge leiten. Wir meinen damit nicht die Einkaufshäuser, welche für Rechnung einer oder mehrerer überseeischen Firmen besonders in Europa errichtet worden sind. Vielmehr haben wir die grosse Anzahl von deutschen Exportfirmen im Auge, bei welchen sich die Bestellungen von kleineren überseeischen Kunden konzentrieren, weil diese Käufer zumeist geringere Quantitäten jeder Warenart benötigen, es somit für nicht angebracht halten, jedesmal erst mit der betreffenden Fabrik direkt in Verbindung zu treten, sondern ihre Rechnung besser dabei finden, sich der Vermittlung eines anständigen Exporteurs in Deutschland zu bedienen. Alles, was diese überseeischen Firmen brauchen, wird in einer Liste zusammengefasst und diese am Posttage dem „Einkaufshaus“ übermittelt, das die Aufgabe hat, den vorteilhaftesten Fabrikanten herauszufinden. Oft werden von Uebersee nur Muster herübergesandt (ohne Preisangaben oder sonstige Vorschriften), an Hand welcher der Exporteur die Bestellungen seines Geschäftsfreundes auszuführen hat. Es wird dem deutschen Exporteur mit Recht eine weit grössere Beweglichkeit zugeschrieben, als den englischen Exportfirmen. Der deutsche Exporteur lehnt keine Arbeit ab: auch der kleinste Auftrag wird placiert, und selbst oft recht weitgehenden Ansprüchen Genüge geleistet. Diese Eigenschaften des deutschen Exporteurs sind — gegenüber dem „Festhalten am Hergebrachten“ des englischen Exporteurs, der nur das Interesse hat, auf den gewohnten Wegen sein Geschäft zu machen und dick für alle Leistungen zu verdienen — die Erklärung mit dafür, dass der deutsche Exporteur ungewöhnliche Erfolge erzielt hat und bei seinen überseeischen Kunden so gut angeschrieben ist. Es haben auch in den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen für Deutschland die überseeischen Besteller ihr Vertrauen zu ihren deutschen Verbindungen nicht verloren und sie fahren fort, ihre Aufträge den gleichen Händen anzuvertrauen, wo immer dies irgendwie möglich ist. — Will also die britische Regierung ihr Programm rationell durchführen, dann wird sie auch dafür zu sorgen haben, dass die überseeischen Kunden ihren deutschen Verbindungen auf immer und ewig Valet sagen und sich für alle Zeiten mit englischen Exportfirmen anfreunden. Das aber wird sich insolange als eine recht schwierige Aufgabe darstellen, als die Engländer ihre nationalen Charaktereigenschaften nicht ablegen, die sich überdies auch noch in der Richtung bewegen, alles Nichtbritische über die Schultern anzusehen. Als vollwichtig wollen nur die englischen Firmen in Uebersee gelten, aber da sie das ganze Ausfuhrgeschäft nicht in die Hände bekommen können, so wird sich Herr Edward Grey auch in dieser Frage bald davon überzeugen, dass seine Rechnung nicht stimmt . . . . und derartige Rechenfehler sollen ihm ja mehrfach in letzter Zeit passiert sein!“

fn. Verwertung der Steuerkraft. Das Steuerzahlen gilt für den Geschäftsmann im allgemeinen als ein notwendiges Uebel. Die Steuern stehen als Verlustposten in der Jahresrechnung. Der moderne Unternehmer, der gewohnt ist, im Betriebe bei jedem Abfall die Verwertungsmöglichkeiten zu studieren, hat aber auch Gelegenheiten gefunden, seine Verpflichtung, Steuern zu zahlen, bis zu einem gewissen Grade von der Verlust- auf die Gewinnseite zu überführen. Vor kurzer Zeit konnte man in westdeutschen Zeitungen eine Anzeige lesen, in der kleinere Stadtgemeinden des Rheinlands aufgefordert werden, einer Firma ein Industriegrundstück möglichst billig anzubieten. Das Grundstück wird den Standort einer Fabrik bilden, so hiess es, die 3—500 Arbeiter und Beamte beschäftigen wird. Der Unternehmer veranstaltete also eine Submission für sein Grundstück, in der er zu besonders billigen Angeboten dadurch reizen wollte, dass er der Gemeinde die Zuwanderung einer neuen Gruppe von Steuerzahlern in Aussicht stellte. Die eigene Steuerkraft und die Steuerkraft der Angestellten sollten beim Ankauf des Grundstückes nutzbringend verwertet werden. Eine ganz ähnliche Nutzbarmachung der Steuerpflicht ist das charakteristische Merkmal eines Grundstücksgeschäftes, das die Deutsche Erdöl A.-G. kürzlich mit der Stadt Schöneberg abgeschlossen hat. Die Gesellschaft sitzt bisher in Berlin und hat jetzt am Schöneberger Stadtpark von der Stadt Schöneberg ein Grundstück zur sofortigen Errichtung eines Verwaltungsgebäudes gekauft. Der Kaufpreis beträgt 800 000 ℳ. Dieser Preis dürfte als normal zu betrachten sein. Die Stadt Schöneberg stundet der Gesellschaft aber die Kaufsumme auf 20 Jahre, und zwar gegen eine Zinsvergütung von 1½ Prozent bei hypothekarischer Sicherstellung. Der Zinssatz von 1½ Prozent auf 20 Jahre bleibt um rund 3 Prozent hinter einer normalen Verzinsung zurück, d. h. die Deutsche Erdöl A.-G. spart jährlich rund 24 000 ℳ, in zwanzig Jahren 480 000 ℳ. Dieses „Geschenk“ rentiert sich aber auch für die Stadt Schöneberg, denn sie gewinnt dadurch einen dauernden Schöneberger Steuerzahler, der ihr jährlich nicht unerheblich mehr als 24 000 ℳ an Kommunalsteuern zu entrichten hat. Das Geschäft, bei welchem die

Deutsche Erdöl A.-G. ihre Steuerkraft mit rund einer halben Million ℳ verwertet, ist also für beide Vertragschliessenden durchaus vorteilhaft und daneben gibt es auch noch lachende Dritte. Die Stadt Schöneberg strebt in der Gegend des Stadtparkes die Schaffung eines neuen geschäftlichen Zentrums an. Vor der Deutschen Erdöl A.-G. hat sie schon vor 2 Jahren die „Nordstern" Versicherungsgesellschaft zur Ansiedlung in dieser Gegend bewogen durch die Zusage städtischer Versicherungsgeschäfte. Diese Schöneberger Citybildung würde naturgemäss allen Grundbesitzern der Gegend, die wieder städtische Steuerzahler sind, erheblichen Nutzen bringen. An diesem Nutzen sind aber neben der Stadt Schöneberg wiederum auch Kreise interessiert, die der Deutschen Erdöl A.-G. nahestehen. Das „Berliner Tageblatt" hat darauf hingewiesen, dass zwei Terraingesellschaften stark an der Gegend interessiert sind, die zu den gleichen Bankkonzernen gehören, wie die Deutsche Erdöl A.-G., nämlich zur Disconto-Gesellschaft und zur Dresdner Bank. Bei diesem allen direkt und indirekt Beteiligten sehr nützlichen Geschäft gibt es einen aussenstehenden Leidtragenden, das ist die Stadt Berlin, die einen grossen Steuerzahler verliert. Für Berlin ist aber der Fall um so bedenklicher, als seine häufige Wiederholung durchaus nicht unwahrscheinlich ist. In Berlin, als dem Finanz- und Handelszentrum Deutschlands, haben eine grosse Reihe von Gesellschaften ihren Verwaltungssitz, deren Betriebe über das ganze Reich und das Ausland verteilt sind. Während eine Betriebsverlegung von so vielen Faktoren abhängig ist, dass die Steuerfrage nur sehr selten für sie ausschlaggebend sein wird, ist die Verlegung einer reinen Verwaltung von Berlin nach Schöneberg, Charlottenburg oder Wilmersdorf eine höchst einfache Angelegenheit. Da für die Geschäftswelt Gross-Berlin ein Begriff ist und sie die unselige kommunalpolitische Zersplitterung dieser Einheit nicht berührt, so spricht für zahlreiche vom Betrieb losgelöste Verwaltungen nichts dagegen, in die Vororte zu übersiedeln, wenn ihnen dort als Mieter oder Grundstückskäufer besondere Vorteile geboten werden. Sie sind praktisch in einer Schöneberger oder Charlottenburger City-Gegend ebenso in Berlin, wie in der Behrenstrasse oder Burgstrasse. Der Konkurrenzkampf um die Steuerzahler kann durch Geschäfte nach Art des geschilderten in Gross-Berlin eine ungeahnte Ausdehnung gewinnen. Einige Gesellschaften werden dabei Gelegenheit haben, ihre Steuerkraft vorteilhaft zu verwerten, für die Berliner Stadtverwaltung muss aber jedes derartige Geschäft zur Anlockung von Steuerzahlern ein neuer Beweis für die Dringlichkeit der Lösung des kommunalpolitischen Problems von Gross-Berlin sein.

Der Forderungsausgleich mit dem Auslande.

Je näher durch unsere glänzenden militärischen Erfolge auf allen Teilen des Kriegsschauplatzes allmählich die Aussicht auf Frieden rückt, um so mehr beginnt bei uns die Geister die Frage zu beschäftigen, wie denn eigentlich nach dem Friedensschluss der Verkehr der Nationen untereinander sich wieder anbahnen und entwickeln wird. Erfahrungsgemäss hat es ja schon früher bei Kriegen zwischen einzelnen Völkern ziemlich lange gedauert, bis ein Ausgleich der Empfindungen und damit die reguläre Aufnahme des Verkehrs stattgefunden hat. Aber die Beispiele früherer Kriege werden sicher für den diesmaligen Zustand unbenutzbar sein. Denn abgesehen davon, dass seit dem 30jährigen Kriege es kein Völkerringen mehr gegeben hat, bei dem soviel Staaten wie diesmal beteiligt waren, ist niemals vorher auch nur annähernd so stark mit den Mitteln der Verhetzung gearbeitet worden. Das Charakteristikum dieses Krieges ist — wohl eine Schattenseite des heute so ausgebreiteten Zeitungswesens — dass nicht mehr nur die Heere untereinander Krieg führen, sondern dass die gegenseitige Erbitterung bis weit in die Kreise der Zivilbevölkerung Platz gegriffen hat. Man wird deshalb, ohne ein Prophet zu sein, voraussagen können, dass die Ausgleichung der Gegensätze diesmal viel länger als jemals früher auf sich warten lassen wird. Vermutlich dürfte aber auch in wirtschaftlicher Beziehung nicht daran zu denken sein, wie das mancher Optimist noch träumt, dass sofort nach dem Abschluss der Friedensverhandlungen, die Fäden des Handels sich von neuem wieder hin- und herüberspinnen werden. Gerade deshalb wünschen ja so viele Sachverständige, Deutschland eine Neuorientierung der handelspolitischen Beziehungen auf kontinentaler Basis, insbesondere aber eine Annäherung der zentraleuropäischen verbündeten oder sich noch freundschaftlich gegenüberstehenden Staaten. Nun ist aber dem Handel und unserem gesamten Erwerbsleben mit solcher Erkenntnis und auch mit der handelspolitischen Neuorientierung, wenn sie sich wirklich sehr schnell zustande bringen liessen, nicht in ausreichendem Masse gedient. Denn wenn wir uns auch damit abfinden müssen, dass wir mit den uns bisher feindlichen Ländern nicht gleich wieder Handel treiben werden, so tritt doch sofort nach dem Friedensschluss gebieterisch die Notwendigkeit an uns heran, die bisherigen Beziehungen zu liquidieren. Aus den Beziehungen Deutschlands zu anderen Nationen sind deutsche Schulden und deutsche Forderungen geblieben. Schulden, die wir während des Krieges nicht zu bezahlen brauchten, und Forderungen, die wir während des Krieges nicht eintreiben konnten. Wie soll das damit nun nach dem Krieg werden? Die Sache erscheint auf den ersten Blick sehr einfach. In allen Ländern wird die Rechtspflege sofort wieder ihren üblichen Gang gehen. Wir werden bei der Liquidierung unserer Forderungen ans Ausland, wenn höfliche Briefe und gröbere Mahnungen nichts nützen, eben die Klage anstrengen und die ausländischen Geschäftsleute werden es mit ihren deutschen Schuldnern ebenso machen. Und dann wird — so hat es wenigstens den Anschein — das, was nicht faul war oder faul geworden ist, einkommen und auf das andere wird man ebenso verzichten müssen, wie man auch vor dem Kriege hätte Verzicht leisten müssen. Für diejenigen Ausländer, die in Deutschland Forderungen einzuziehen haben, wird sich die Sache ja ungefähr so abwickeln; denn die deutsche Rechtspflege ist gerecht, soweit wie es Menschen überhaupt zu sein pflegen. Ja, der deutsche Richter bemüht sich sogar in seinem Drang nach Gerechtigkeit oft, so objektiv zu urteilen, dass höchste Objektivität bei ihm beinahe schon wieder zu Unrecht wird. Deshalb lässt sich ohne weiteres voraussagen, dass Ausländern, die vor deutschen Gerichten klagen, auch nach dem Kriege nicht schlechter, ja womöglich noch besser fahren werden, als das vorher der Fall war. Ganz

anders liegt die Sache aber leider mit unseren Forderungen ans Ausland. Insbesondere die französische Rechtspflege galt nie als frei von politischer Leidenschaft. Wenn deutsche Geschäftsleute in Frankreich Prozesse anstrengen wollten, so erkundigten sie sich doch erst sorgsam, wie augenblicklich die Strömungen der französischen Politik gingen. Denn in der Tat riskierten sie in zweifelhaften Fällen die Entscheidung der Richter gegen sie, wenn in Frankreich gerade wieder einmal die Stimmung gegen Deutschland besonders schlecht war. Dazu kam, dass die Gerichtskosten und Gebührengesetzgebung in Frankreich allen möglichen Willkürlichkeiten Tor und Tür öffnet. Auf alle Fälle ist in Frankreich ebenso wie in England das Prozessieren sehr teuer und unter Umständen riskiert sogar der Gewinner eines Prozesses so viel an Kosten zu verlieren, wie ihm nicht zurückerstattet werden, dass Prozessgewinn und Gebührenverlust sich die Wage halten. In diesen Zuständen wird in der ersten Zeit nach dem Krieg sicher keine Besserung, sondern eher eine Verschlechterung eintreten und deshalb wird von vielen deutschen Geschäftsleuten nicht ohne Unrecht als ein Gegenstand der Sorge betrachtet, wie sie die Eintreibung ihrer Forderungen nach dem Kriege möglich machen werden. Aus solchen Empfindungen und Zuständen heraus ist die Idee geboren, als deren Vertreter insbesondere der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann auftritt, einen internationalen Ausgleich von Forderungen und Schulden zwischen den kämpfenden Staaten durch den Friedensschluss herbeizuführen. Die Idee ist, dass von Deutschland sowohl die Schulden an das Ausland, als auch die Forderungen auf das Ausland von den Schuldnern und Gläubigern angemeldet werden und dass als eine der Friedensbedingungen die Vornahme der Ausgleichung von Schulden und Forderungen durch die Staaten selbst festgesetzt wird. Es ist also beabsichtigt, dass die überschiessenden Summen neben der eventuell zu vereinbarenden Kriegsentschädigung zwischen den Staaten verrechnet werden. Hat also z. B. Deutschland an England mehr Forderungen als umgekehrt, so muss diese Forderung von England an das Deutsche Reich abgeführt werden und das Deutsche Reich befriedigt nunmehr die deutschen Besitzer von Forderungen ans Ausland, während es die Schulden einkassiert, die deutsche Bürger an englische Untertanen haben sollten. Einer der Haupteinwände gegen den an sich einleuchtenden Plan ist der, dass die Prüfung der Güte der Forderungen sehr erhebliche Schwierigkeiten machen wird. Insoweit es sich dabei um solche Forderungen handelt, die von den Kriegskreditbanken bereits beliehen sind, fällt ja die Schwierigkeit der Prüfung weg, weil diese Institute dabei schon die Prüfung vorgenommen haben. Aber man darf ja nicht vergessen, dass es sich nicht um die Prüfung der Forderungen, die wir ans Ausland haben, sondern ebenso auch um die Prüfung derjenigen Forderungen handelt, die das Ausland an unsere Geschäftsleute zu stellen hat. Denn wenn wir faule Forderungen an das Ausland nicht in Zahlung nehmen wollen, so dürfen wir natürlich das auch nicht vom Ausland verlangen. Dadurch wird die Prüfung schon ganz erheblich kompliziert und erschwert. Aber die Hauptschwierigkeit scheint mir doch darin zu liegen, dass die Bonität der einzelnen Forderungen — und zwar sowohl unserer Forderungen ans Ausland, als auch der Auslandsforderungen an uns — durch den Krieg sich vielfach verändert haben dürften. Dabei scheint ja allgemeine Klarheit zu herrschen, daß der Staat nicht etwa dazu gebraucht werden kann, dem Inhaber einer faulen Forderung diese Forderung in der Weise wieder gut zu machen, dass man ihre Begleichung vom fremden Staate in vollem Werte verlangt, und dass dieser volle Wert dann an den deutschen Gläubiger abgeführt wird. Ein solches Verfahren würde rechtlich und moralisch nicht zu begründen sein, weder unseren Staatsbürgern, noch dem Ausland gegenüber. Wie aber liegt die Sache mit solchen Forderungen, die im Laufe des Krieges erst faul geworden sind? Man könnte ja hier die Rechtsauffassung vertreten, dass unsere gegnerischen Staaten den Krieg begonnen haben und dass sie infolgedessen für jede Verschlechterung von Forderungen deutscher Bürger an ihre Staatsangehörigen haften. Eine solche Rechtsauffassung ist aber meines Erachtens praktisch ganz unmöglich. Bis zu welchen Konsequenzen sollte es führen, wenn bei den Friedensverhandlungen auch noch die Schuldfrage zwischen den einzelnen Staaten erörtert werden müsste. Man kann ja doch auch den gewonnenen Krieg nicht als ein Gottesgericht ansehen. Und der unterlegene Staat, zahlt die Kriegskosten auch nicht als Eingeständnis seiner Schuld, so wie etwa der unterlegene Prozessgegner die Kosten zu bezahlen hat, sondern er bezahlt sie eben, weil der andere mächtiger ist und eventuell so mächtig, um ihm empfindliche Nachteile zuzufügen. Er zieht es deshalb vor, die Kosten des Krieges zu bezahlen. Diese Kosten werden zwar z. T. auch als Entschädigung für erlittene Unbill anzusehen sein. Sie bilden aber doch immerhin eine Verrechnung von Staat zu Staat, soweit nicht etwa Zerstörungen fremden Eigentums in Frage kommen, für die der Staat und dessen Angehörige, die die Zerstörungen vorgenommen haben, zu haften haben. Wenn man aber sich einer phantastischen Rechtsauffassung anschliessen wollte, so würde es ja doch immerhin noch sehr erhebliche Schwierigkeiten bereiten, jetzt in dem Augenblick, wo die Vorbereitungen zu einem solchen Ausgleich der Forderungen bei uns geschehen müssten, irgendwie die Bonität der Forderungen abzuschätzen. Denn wer von denjenigen, die Forderungen in dem Ausland geltend zu machen haben, weiss denn bei uns augenblicklich, infolge der mangelhaften Verbindungen mit dem feindlichen Auslande, wie seine Schuldner jetzt eigentlich stehen? In manchen Fällen wird es ganz klar sein, dass der Schuldner im Ausland nicht gerade durch den Krieg besser geworden ist. Viele Schuldner werden aber gar nicht tangiert worden sein. Während umgekehrt wieder andere Schuldner, durch Kriegslieferungen für die Staaten z. B. erheblich besser geworden sein dürften. Es scheint mir, dass wahrscheinlich die Fälle sogar gar nicht so selten sein werden, wo bis dahin faule Schuldner durch den Krieg zu guten Schuldnern geworden sind. Man braucht das hier sich auftuende Problem nur einmal durchzudenken, um zu sehen, wie schwer die an sich ebenso klug erdachten wie gut gemeinten Stresemannschen Vorschläge auszuführen sind. Vielmehr wird der Staat zum Schutze der Geldforderungen seiner Bürger ans Ausland nichts weiter tun können, als im Friedensvertrag gewisse Garantien dafür zu verlangen,

dass die Rechtsprechung mit möglichster Objektivität arbeitet. Das ist allerdings leichter garantiert als wirklich durchgeführt. Deshalb scheint es mir notwendig zu sein, dass für solche Prozesse, die internationale Forderungen betreffen, die vor Ausbruch des Krieges entstanden sind, besondere Revisionsgerichtshöfe letzter Instanz im Friedensvertrage geschaffen werden. Diese Gerichtshöfe denke ich mir so, dass sie zusammengesetzt sind aus fünf Richtern, und zwar aus zwei deutschen Richtern und je zwei Richtern aus demjenigen Land, in dem der Schuldner wohnt. Als Vorsitzender sollte irgendein hoher schweizerischer Richter fungieren. Wenn zu Richtern für diese Gerichtshöfe anerkannte Autoritäten auf dem Gebiete des internationalen Rechts gemacht werden, so glaube ich, dass damit mehr gewonnen wäre, als mit der Erfüllung aller Forderungen, die auf einen internationalen Zahlungsausgleich durch die Staaten hinauslaufen.

Gedanken über den Geldmarkt.

Der deutsche Markt arbeitet an der Durchführung der gewaltigen Geldbewegung, welche der Zahlungsbeginn auf die neue Milliardenemission mit sich bringt. Wenn auch Zahlungsfristen auf Monate hinaus gestellt sind, so wird auch dieses Mal der grösste Teil der Emission sicherlich im ersten Monat bezahlt werden, da die Zeichnungen in der Hauptsache wieder aus bereiten Mitteln der Subskribenten getätigt sind und nur zum kleinsten Teil eine Voranlage auf kommende Ersparnisse und Eingänge darstellen. Handelt es sich nun aber hier auch um bereite Mittel der Anleihe-Erwerber, so bedeutet das natürlich keineswegs, dass diejenigen Institutionen, bei denen die Zeichner diese Summen angesammelt hatten, die Banken, Sparkassen usw. diese Gelder restlos zum ersten Einzahlungstage in bar bereit halten konnten. Sie hatten die Guthaben ihrer Einleger zu verzinsen und mussten sie daher zum grössten Teile selbst zinstragend anlegen, wenn das auch natürlich nur in sicherster und mit der Fälligkeit dem ersten Einzahlungstage nach Möglichkeit angepasster Form erfolgen durfte. Die Zusammenziehung dieser Gelder und ihr Abfluss in das grosse Sammelbecken der Reichsbank für Rechnung des Reichsschatzamtes entblösst nun aber den sonst so flüssigen offenen Markt zunächst ziemlich empfindlich, bis der Kreislauf aus den Regierungszahlungen ihn wieder füllt. Das Angebot an kurzfristigem Gelde schrumpft zusammen und die Zinssätze für derartige Anlagen aller Art ziehen entsprechend an. In diesem Zusammenhang hält sich der Satz für tägliches Geld in Berlin z. Zt. auf dem lange nicht innegehabten Stande von 4—4½ % und der Privatdiskont wird bei den geringen Umsätzen, die zustande kommen, mit 4—4¼ % berechnet.

Im allgemeinen sind die Vorbedingungen für eine schnelle Rückkehr der Geldflüssigkeit bei der diesmaligen Anleiheeinzahlung etwas ungünstiger, als im Frühjahr, trotzdem damals gleichfalls die Quartalsansprüche damit zusammenfielen. Während damals die Landwirtschaft die Erlöse aus der ganzen, sehr einträglichen Erntekampagne

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:

Donnerstag, 14. Oktober	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Rheinische Stahlwerke Duisburg, Meiderich, Stahl & Nölke Act.-Ges., Metallwaren, Glocken- Fahrradarmaturen Wissner, Wintersche Papierfabriken.
Freitag, 15. Oktober	*G.-V.:* Annaburger Steingutfabrik, Ver. Chemische Werke Akt.-Ges. Charlottenburg, Teutoburger Waldeisenbahn, Sächsische Gussstahlfabrik Doehlen, Stettiner Elektrizitätswerke.
Sonnabend, 16. Oktober	Bankausweis New York. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Hessischer Bankverein Cassel, Ver. Ultramarinfabriken vorm. Leverkus, Wieler & Hardtmann, Ver. Gummiwarenfabriken Harburg-Wien, Reiherstieg Schiffswerft u. Maschinenfabrik, Ernst Heinrich Geist Elektrizitäts-Ges.
Montag, 18. Oktober	*G.-V.:* Stadtberger Hütte.
Dienstag, 19. Oktober	*G.-V.:* Neu-Grunewald Akt.-Ges. für Grundstückverwertung, Deutsch-Amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Gustav Krebs, Hindrichs-Auffermann Munitionsmaterial u. Metallwerke.
Mittwoch, 20. Oktober	*G.-V.:* Gussstahlwerk Witten, Ver. Stahlwerke van Chr. Zypen & Wissener Eisenhütten-Ges., Reichelbräu Akt.-Ges., Culmbacher Rizzibräu, Westfäl. Kupfer- u. Messingwerke vorm. Caspar Noell. — Schluss des Bezugsrechts Nürnberger Lederfabrik.
Donnerstag, 21. Oktober	Ironage-Bericht — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Westfälische Eisen- u. Drahtwerke, Westfälische Stahlwerke, Werkzeugmaschinenfabrik Schiess.
Freitag, 22. Oktober	*G.-V.:* Consolidierte Braunkohlenwerke Marie, Saar- u. Mosel-Bergwerks-Akt.-Ges., Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk, Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- u. Hütten-Akt.-Ges., Hochofenwerk Lübeck, Kabelwerk Rheydt, Baroper Maschinenbau-Ges., Rheinisch-Westfälische Kalkwerke, Ammendorfer Papierfabrik.
Sonnabend, 23. Oktober	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Bayerische Disconto- u. Wechselbank, Bismarckhütte, Phönix Akt.-Ges. f. Bergbau u. Hüttenbetrieb, Carl Berg Akt.-Ges Eveking, Bierbrauerei Gebr. Müser, Nüscke & Co. Schiffswerft, Sielaff Maschinenfabrik, Stahlwerk Oecking, Papierfabrik Reisholz, Ver. Riegel- u. Schlossfabriken Velbert, Mälzerei-Akt.-Ges., Wrede.
Montag, 25. Oktober	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Leipziger Buchbinderei-Akt.-Ges. vorm. Gustav Fritzsche, Harkortsche Bergwerke, Chemische Fabriken.

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Dienstag, 26. Oktober	*G.-V.:* Aktien-Bauverein Unter den Linden, Terrain-Akt.-Ges. Müllerstrasse, Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister, Cröllwitzer Papierfabrik.

Ausserdem zu achten auf:
Dividenden und Abschlüsse der Brauereien. Geschäftsberichte Maschinenfabriken, Geschäftsberichte amerikanischer Eisenbahnen.
Verlosungen:
14. Oktober: 2½ % Griechische Nationalbank Prämien-Anl. (1904). 15. Oktober: 2½ % Brüsseler 100 Fr. (1902), 3 % Crédit foncier Egyptien Obl. (1886, 1903, 1911), Freiburger 15 Fr. (1902), Holländische 15 Gld. (1904), 3 % Marseiller 400 Fr. (1877). 20. Oktober: Congo 100 Fr. (1888), 2 % Lütticher 100 Fr. (1897), 3 % Pariser 400 Fr. (1871, 1910). 22. Oktober: 2 % Crédit foncier de France Komm.-Obl. (1906, 1912), 2½ % Pariser 400 Fr. (1892). 25. Oktober: 3 % Ungarische Hypothekenbank Prämien-Obl. (1894).

bereit hatte, hat sie heute wohl nur den kleinsten Teil ihrer Produkte zur Ablieferung gebracht, dagegen muss man annehmen, dass gerade jetzt die Kriegsorganisationen, welche diese Erzeugnisse zu erwerben haben, Kredite für diese Zwecke flüssig machen, so dass also der Markt heute, statt Mittel zu erhalten, für landwirtschaftliche Zwecke Mittel bereitstellen muss. Und wenn auch letzten Endes die Darlehenskassen für den Bedarf dieser Organisationen eintreten, so werden sie, die Kriegsgetreidegesellschaft, Zentraleinkaufsgesellschaft usw. usw., soweit durchführbar, gewiss eine Versorgung im offenen Markte vorziehen, bei der sie doch etwas billiger fortkommen und ihnen die lästigen Formalitäten der Verpfändung ihrer Waren erspart bleiben.

Neben dem Bedarf für landwirtschaftliche Zwecke werden auch die Kommunen in grösserem Umfange als Reflektanten im Markte sein, deren Darlehen bei Banken usw. vielfach am 30. September abgelaufen waren und die nun, nach vorübergehendem Behelf bei der Darlehenskasse, wieder die erste Gelegenheit benutzen werden, im offenen Markte billigeres Geld zu erhalten. Man darf z. B. annehmen, dass die Stadt Berlin das vermutlich zum grossen Teil von der Darlehenskasse entnommene Geld für die Bezahlung der Berliner Elektrizitätswerke so bald als möglich auf anderer Seite billiger zu erlangen bestrebt sein wird.

Berücksichtigt man diesen grossen Sonderbedarf, so ist die Steigerung der Ausleihungen der Darlehenskassen um ca. 746 Millionen, die am 30. September eingetreten war, relativ mässig zu nennen. Bei der raschen Kapitalbildung und dem schnellen Kapitalumlauf, die unserer Kriegswirtschaft eigentümlich sind, darf man aber mit Sicherheit annehmen, dass diese Versteifung am offenen Markte, ebenso wie die Anspannung des Quartalsausweises der Reichsbank nur als ganz vorübergehende Erscheinungen anzusehen sind. Das hat sich bei den früheren beiden Emissionen ergeben und wird sich auch dieses Mal zeigen, wenn auch die Rückbildung der Zinssätze infolge des grösseren Kapitalaufwandes vielleicht etwas langsamer erfolgen wird.

Jedenfalls kann aber eine Entwicklung als ausgeschlossen angesehen werden, wie sie am Londoner Markte nach der Emission der zweiten Kriegsanleihe zu Tage trat und noch heute besteht, wo man sich bald zur Ausgabe der dritten rüstet. Dort ist die Versteifung der Darlehens- und Diskontsätze nicht gewichen, sondern hat sich eher noch verschärft. Tägliches Geld wird etwa 4½ und der Diskont für feinstes Dreimonatspapier fast 4¾ % gemeldet. Die Kriegsanleihe, die eben nur wenig ins Publikum gedrungen ist, sondern zum grossen Teil die Portefeuilles des Grosskapitals belastet, hat eben die Anlagekraft Lombardstreets gelähmt, ausserdem deprimiert anscheinend die Wahrnehmung, dass trotz des Abschlusses der 500 Millionen Dollar-Anleihe in Newyork mit ihren demütigenden Bedingungen weitere ständige Goldabflüsse über den Ozean unvermeidlich sein werden. Wird auch der Bundesgenosse an der Seine hier kräftig mitwirken müssen, so sieht man doch klar, dass es ohne weitere Schwächung der eigenen Goldbestände nicht abgehen wird und das in einem Moment, wo der Umlauf der sogenannten Notstandsnoten ständig steigt, ohne dass man in der Lage ist, deren Golddeckung zu erhöhen. Die Erwartungen, welche man an eine rasche Regeneration des Kurses für Kabeltransfert Newyork nach Abschluss der Anleihe geknüpft hatte, waren trügerisch: nach kurzer Besserung ist der Kurs wieder auf ca. 4.70 gesunken. Es scheint, dass enttäuschte Sterlingswechselkäufer, die eine rasche Steigerung erwartet hatten, durch Realisationen den Kursdruck verschärfen halfen.

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz. Von Richard Kiliani. 57. Heft der Folge „Der deutsche Krieg". Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh, Stuttgart und Berlin 1915. Deutsche Verlags-Anstalt. Preis 50 Pf.

Weltpolitik. Von Valerius v. Smialovsky. Heft 3 der Folge „Zeitspiegel". Herausgeber H. Mühlbrecht. Berlin 1915. Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Buchhandlung für Rechts- und Staatswissenschaft. Preis 2 M.

Zeitgemässe Betrachtungen über die deutsche Kultur. Von Albert Osterrieth. Zeitspiegel Heft 1. Herausgeber H. Mühlbrecht. Berlin 1915. Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht. Preis 1 M.

England und der U-Boot-Krieg. Von Hans Steinuth. Stuttgart und Berlin 1915. Deutsche Verlags-Anstalt. Preis 1,20 ℳ.

Kriegswochenhilfe. Von Regierungsrat K. Krause, Direktor des gemeinsamen Oberversicherungsamtes zu Gera. Stuttgart 1915. Verlag von J. Hess. Preis für den Band I geh. 2,50 ℳ, geb. 3 ℳ, Band II geh. 1,50 ℳ, geb. 2 ℳ.

Band I: Kommentar zu den Bekanntmachungen des Bundesrates 1. betreffend die Wochenhilfe während des Krieges vom 3. Dezember 1914, — 2. über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges (§§ 4 bis 11) vom 28. Januar 1915.

Band II: Kommentar zu der Bekanntmachung des Bundesrates betreffend Ausdehnung der Wochenhilfe während des Krieges vom 23. April 1915.

Lusitania. Von Hans Steinuth. Stuttgart und Berlin 1915. Deutsche Verlags-Anstalt. Preis 1,50 ℳ.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Actien-Bau-Verein „Unter den Linden", Berlin, 26. 10., 22. 10., 4. 10. • Aktienbrauerei Bavaria, Posen, 20. 10., 18. 10., 24. 9. • A.-G. Bremerhütte Weidenau a. d. Sieg, Kirchen-Sieg, 30. 10., 22. 10., 4. 10. • Actiengesellschaft Charlottenhütte, Niederschwelden Kr. Siegen, Siegen, 30. 10., —, 5. 10. • A.-G. Christinenhütte, Christinenhütte b. Meggen, 30. 10., —, 6. 10. • A.-G. Eisenhütte Prinz Rudolph, Dülmen, 30. 10., —, 2. 10. • A.-G. für Automobilunternehmungen i. L., Charlottenburg, 25. 10., 24. 10., 4. 10. • A.-G. Immobilien-Verein, Stuttgart, 28. 10., 24. 10., 23. 9. • A.-G. Industrie- u. Oekonomiebetrieb Möding in Möding, Landau a. Isar, 30. 10., 26. 10., 4. 10. • A.-G. Kronenbräu vorm. M. Wahl, Augsburg, 29. 10., 28. 10., 6. 10. • A.-G. Scheidecker de Règel, Lützelhausen i. Elsass, Strassburg, 27. 10., —, 4. 10. • Actien-Glashütte St. Ingbert in St. Ingbert, St. Ingbert, 30. 10., 26. 10., 5. 10. • Alliance Pastorale (Alianza Pastorile) A.-G., Antwerpen, 15. 10., 4. 10., 25. 9. • Altenburger Land-Kraftwerke A.-G., Altenburg S.-A., 26. 10., 22. 10., 27. 9. • Ammendorfer Papierfabrik, Halle a. d. Saale, 26. 10., 22. 10., 7. 10. • Anhaltische Buchdruckerei Gutenberg, e. G. m. b. H., Dessau, 20. 10., —, 5. 10. • August Wessels Schuhfabrik A.-G., Augsburg, 23. 10., 20. 10., 25. 9.

Brennerei Louis Geiger A.-G., Tilsit, 22. 10., 19. 10., 29. 9. • Brünings Saalbau und Kruses Wilhelmsgarten A.-G., Braunschweig, 22. 10., —, 4. 10. • Carl Bücklers & Co., A.-G., Düren, 29. 10., 26. 10., 27. 9. • Bad Orber Kleinbahn A.-G., Gelnhausen, 27. 10., —, 4. 10. • Bank f. Tübingen vorm. B. M. Strupp A.-G., Meiningen, 18. 10., 14. 10., 30. 9. • Baroper Maschinenbau A.-G., Barop, 22. 10., 18. 10., 13. 9. • Baumwollspinnerei & Weberei Lampertsmühle vorm. G. F. Grohè-Heinrich, Mannheim, 22. 10., 18. 10., 27. 9. • Bayerische Disconto- und Wechsel-Bank A.-G., Nürnberg, 23. 10., 19. 10., 20. 9. • Carl Berg A.-G., Eveking i. Westf., 23. 10., 18. 10., 22. 9. • Bergische Licht- u. Kraftwerke A.-G. Lennep, Essen-Ruhr, 23. 10., 19. 10., 30. 9. • Bierbrauerei Gebr. Müser A.-G., Langendreer, 23. 10., 17. 10., 17. 9. • Bismarckhütte, Bismarckhütte O.-S., 23. 10., 17. 10., 13. 9. • Blei- u. Silberhütte Braubach A.-G., Frankfurt a. M., 28. 10., 25. 10., 27. 9. • Bochumer Verein für Bergbau u. Gussstahlfabrikation, Bochum, 30. 10., —, 27. 9. • Boden-A.-G. Bayenthal, Cöln, 21. 10., 17. 10., 18. 9. • Brauerei Bodenstein A.-G., Magdeburg-Neustadt, 20. 10., 16. 10., 27. 9. • Brauerei Siegelberg A.-G. i. L., Stuttgart, 20. 10., 15. 10., 25. 9. • Brauerei Vinding A.-G., Frankfurt am Main, 27. 10., 25. 10., 29. 9. • Braunkohlen-A.-G. Herkules, Hirschfelde (Sachsen), 30. 10., 28. 10., 5. 10.

Capito & Klein A.-G., Düsseldorf, 28. 10., 25. 10., 4. 10. • Chemische Fabrik Einergraben, Cöln, 22. 10., 18. 10., 20. 9. • Chemische Fabriken Harburg-Stassfurt vormals Thörl & Heidtmann A.-G., Hamburg, 21. 10., 16. 10., 29. 9. • Coblenzer Bank A.-G., Coblenz, 26. 10., —, 29. 9. • Consolidiertes Braunkohlen-Bergwerk Marie, Magdeburg, 22. 10., 16. 10., 9. 9. • Creditanstalt f. Industrie u. Handel i. L., Dresden, 29. 10., 24. 10., 6. 10.

David Söhne A.-G., Halle a. S., 29. 10., 26. 10., 6. 10. • Deutsch-Amerikanische Werkzeugmaschinen-Fabrik vormals Gustav Krebs A.-G., Halle a. S., 19. 10., 14. 10., 21. 9. • Deutsche Nähmaschinenfabrik von Jos. Wertheim A.-G., Frankfurt a. M., 26. 10., —, 1. 10. • Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Essen, 22. 10., 19. 10., 22. 9. • Düsseldorfer Eisen- und Draht-Industrie, Düsseldorf, 29. 10., 23. 10., 18. 9.

Eisen- u. Stahlwerk Hoesch A.-G., Dortmund, 28. 10., 22. 10., 2. 10. • Eisenwerk Kaiserslautern, Kaiserslautern, 21. 10., —, 4. 10. • Elektrizitätswerk Berggeist A.-G., Brühl, 23. 10., 21. 10., 29. 9. • Elsenthal, Holzstoff- & Papierfabrik A.-G., Grafenau i. Bayern, 25. 10., 20. 10., 28. 9. • Erste Erlanger Actienbrauerei vorm. Carl Niklas, Erlangen, 25. 10., 22. 10., 6. 10. • Eschweiler-Ratinger Maschinenbau-A.-G. Zweigniederlassung Ratingen, Cöln, 28. 10., 25. 10., 24. 9.

Fabrik für Gummilösung A.-G. vorm. Otto Kurth, Offenbach a. M., Offenbach a. M., 16. 10., 14. 10., 25. 9. • Faconeisen-Walzwerk L. Mannstaedt & Cie., Troisdorf, Cöln, 29. 10., 23. 10., 5. 10. • Filzfabrik Adlershof A.-G., Adlershof b. Berlin, 16. 10., 13. 10., 25. 9. • Fittingswerke Gebr. Juden A.-G., Düsseldorf, 29. 10., 25. 10., 2. 10. • Flottenbund deutscher Frauen e. V., Leipzig, 17. 10., —, 28. 9. • Herm. Franken A.-G., Gelsenkirchen-Schalke, 18. 10., 12. 10., 27. 9. • Frankfurter Immobilien-A.-G., Frankfurt a. M., 28. 10., 25. 10., 24. 9. • Frankfurter Vorort-Terrain-Gesellschaft, Frankfurt a. M., 19. 10., 15. 10., 25. 9. • Freigerichter Kleinbahn A.-G., Gelnhausen, 27. 10., —, 4. 10.

Gasmotorenfabrik A.-G., Köln-Ehrenfeld, 20. 10., 16. 10., 28. 9. • Gaswerk Nülzheim (Pfalz) A.-G., Bremen, 20. 10., 16. 10., 27. 9. • Gaswerk Schandau A.-G., Bremen, 21. 10., 18. 10., 27. 9. • Gerber & Söhne, A.-G. für Tiefbau, Stuttgart, 23. 10., 19. 10., 9. 9. • Gebr. Schultheisssche Emaillierwerke A.-G., St. Georgen (Schwarzwald), 20. 10., 18. 10., 27. 9. • Ernst Heinrich Geist, Elektrizitäts-A.-G. i. L., Köln-Zollstock, 16. 10., 12. 10., 24. 9. • Geisweider Eisenwerke A.-G. Vorbes. J. H. Dresler senior, Siegen, 30. 10., —, 23. 9. • Geraer Elektrizitäts- u. Strassenbahn-A.-G., Gera, 27. 10., 23. 10., 30. 9. • „Gottesgabe", A.-G. für Salinen- u. Soolbadbetrieb, Bentlage, Amt Rheine i. W., 21. 10., 18. 10., 24. 9. • Gröllwitzer Actien-Papierfabrik, Halle a. S., 26. 10., 23. 10., 30. 9. • Guldenwerke, Chemische Fabrik A.-G., Piesteritz, 20. 10., —, 4. 10. • Gussstahlwerk, Witten, 20. 10., 14. 10., 27. 9. • Gussstahlwerk Wittmann A.-G., Haspe i. W., 28. 10., 24. 10., 27. 9.

Hagener Textil-Industrie vorm. Gebrüder Elbers, Hagen i. W., 30. 10., 27. 10., 6. 10. • Hannoversche Portland-Cementfabrik A.-G., Hannover, 29. 10., 26. 10., 2. 10. • Harkortsche Bergwerke u. chemische Fabriken zu Schwelm u. Harkorten A.-G., Gotha, 25. 10., 21. 10., 25. 9. • Harpener Bergbau-A.-G., Dortmund, 30. 10., 22. 10., 29. 9. • Hessischer Bankverein A.-G., Cassel, 16. 10., 13. 10., 23. 9. • Hochfelder Walzwerk A.-V., Duisburg a. Rh., 30. 10., —, 27. 9. • Hochofenwerk Lübeck A.-G., Lübeck, 22. 10., 18. 10., 2. 10. • Hülfskasse für deutsche Rechtsanwälte, Leipzig, 17. 10., —, 1. 10. • Hüstener Gewerkschaft A.-G. in Hüsten i. W., Dortmund, 30. 10., 26. 10., 2. 10.

Immobilien-A.-G. „Noris" i. Liqu., Nürnberg, 23. 10., 19. 10., 18. 9. • Internationale Panorama- und Automaten-A.-G. i. L., Düsseldorf, 30. 10., —, 6. 9.

Jasenitzer Dampfschiffs-A.-G., Jasenitz, 20. 10., —, 29. 9.

Königin-Marienhütte A.-G. zu Cainsdorf in Sachsen, Zwickau i. Sa., 29. 10., 22. 10., 7. 10. • Königsberger Lagerhaus-A.-G., Königsberg, 19. 10., 13. 10., 24. 9. • Konkordia Karlsruhe-Rüppurr, Bühl, 24. 10., —, 6. 10. • Kreditbank Cassel A.-G., Cassel, 25. 10., —, 1. 10. • Kreis Oldenburger Eisenbahngesellschaft, Neustadt, 16. 10., 15. 10., 24. 9. • Kulmbacher Rizzibräu A.-G., Dresden, 20. 11., 16. 11., 1. 10. • Kunstverein für die Rheinlande u. Westfalen, Düsseldorf, 25. 10., —, 25. 9. • Kwilecki Potocki & Compagnie A.-G., Posen, 19. 10., —, 1. 10.

Langscheder Walzwerk u. Verzinkereien A.-G., Langschede a. d. Ruhr, 27. 10., 23. 10., 29. 9. • Leipziger Buchbinderei A.-G. vorm. Gustav Fritzsche, Leipzig, 25. 10., —, 21. 9. • Leipziger Malzfabrik in Schkeuditz, Leipzig, 23. 10., —, 2. 10.

Mälzerei-A.-G. vorm. Albert Wrede, Cöthen, 23. 10., 21. 10., 4. 10. • Magdeburger Güterbank e. G. m. b. H., Magdeburg, 15. 10., —, 27. 9. • Mainzer Verlagsanstalt u. Druckerei A.-G. vorm. J. Gottsleben u. Fl. Kupferberg, Mainz, 23. 10., 19. 10., 4. 10. • Mannesmannröhren-Werke, Berlin, 29. 10., —, 2. 10. • Emil Marold A.-G., Berlin, 27. 10., 23. 10., 5. 10. • Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, Karlsruhe i. B., 16. 10., 7. 10., 23. 9. • Maschinenfabrik Hiltmann & Lorenz A.-G., Aue i. Sa., 16. 10., 12. 10., 22. 9. • Maysers Hutmanufactur A.-G. i. L., Ulm a. D., 28. 10., 23. 10., 29. 9. • Metallwarenfabrik H. A. Erbe A.-G., Schmalkalden, 25. 10., 21. 10., 29. 9. • Motorenfabrik Darmstadt A.-G., Darmstadt, 28. 10., 24. 10., 1. 10. • Münchener Export-Malzfabrik A.-G., München, 25. 10., 21. 10., 23. 9. • Munitionsmaterial- & Metallwerke Hindrichs-Auffermann A.-G., Beyenburg-Wupper, 19. 10., 15. 10., 28. 9.

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haid & Neu, Karlsruhe i. B., 26. 10., 20. 10., 1. 10. • Neue Papier-Manufactur A.-G., Strassburg i. E.-Ruprechtsau, 25. 10., 21. 10., 27. 9. • Neu-Westend, A.-G. für Grundstücksverwertung, Berlin, 27. 10., 22. 10., 4. 10. • Nordenhamer Boden-A.-G., Bremerhaven, 16. 10., 12. 10., 30. 9. • Norddeutsche Tiefbohrgesellschaft i. L., Hannover, 28. 10., 27. 10., 6. 10. • Nürnberger Terrain-A.-G. i. L., Nürnberg, 25. 10., 21. 10., 1. 10. • Nüscke & Co., Schiffswerft, Kesselschmiede und Maschinenbauanstalt A.-G., Stettin, 23. 10., 19. 10., 28. 9.

Papierfabrik Reisholz A.-G., Düsseldorf, 23. 10., [illegible]. 10., 27. 9. • Papierfabrik Weissenstein A.-G., [illegible]weissenstein, 23. 10., 19. 10. 4. 10. • Passauer [illegible]. Papierfabrik A.-G., Passau, 16. 10., —, 20. 9. [illegible]entpapierfabrik zu Penig, Dresden, 28. 10., —, [illegible] • Peipers & Cie, A.-G. für Walzenguss, 30. 10., 27. 10., 23. 9. • Phoenix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Cöln a. Rhein, 23. 10., 17. 10., 23. 9. • Porzellanfabrik E. & A. Müller A.-G., Schönwald, Oberfr., 23. 10., 17. 10., 1. 10.

Rheinische Malzfabrik A.-G. i. L., Gernsheim, 27. 10., 22. 10., 23. 9. • Rheinische Nadelfabriken A.-G., Aachen, 30. 10., —, 7. 10. • Rheinisch-Westfälische Kalkwerke in Dornap, Düsseldorf, 22. 10., 17. 10., 25. 9.

Saalbau-Actien-Ges., Frankfurt a. M., 26. 10., 23. 10., 5. 10. • Saar- u. Mosel-Bergwerks-Gesellschaft in Karlingen, Essen a. d. Ruhr, 22. 10., 15. 10., 24. 9. • Sächsische Broncewarenfabrik A.-G., Leipzig, 23. 10., —, 23. 9. • Sächsische Gussstahlfabrik in Döhlen b. Dresden, 15. 10., 12. 10., 24. 9. • Sächsische Werkzeugmaschinenfabrik Bernhard Escher A.-G., Chemnitz, 21. 10., 17. 10., 25. 9. • Salzwerk Heilbronn, Heilbronn, 20. 10., 15. 10., 15. 9. • G. Sauerbrey, Maschinenfabrik A.-G., Berlin, 27. 10., 25. 10., 5. 10. • Julius Sichel & Co., Kommanditgesellschaft auf Actien, Mainz-Luxemburg-Esch a. d. Alz, Mainz, 30. 10., 26. 10., 7. 10. • Sieghütter Eisenwerk A.-G. vorm. Joh. Schleifenbaum, Siegen, 30. 10., —, 25. 9. • Sielaff Maschinenfabrik A.-G., Berlin, 23. 10., 19. 10., 27. 9. • Solinger gemeinnütziger Bauverein, Solingen, 25. 10., —, 23. 9.

Ernst Schiess, Werkzeugmaschinenfabrik A.-G., Düsseldorf, 21. 10., 17. 10., 28. 9. • Schlesische Buchdruckerei, Kunst- u. Verlagsanstalt vorm. S. Schottlaender A.-G., Breslau, 30. 10., 23. 10., 5. 10. • Schlesische Holzindustrie A.-G. vorm. Ruscheweyh & Schmid in Langenöls, Langenöls, 28. 10., 26. 10., 2. 10.

Stadtberger Hütte A.-G., Niedermarsberg, 18. 10., —, 25. 9. • Stahlwerk Oeking A.-G., Düsseldorf, 23. 10., 20. 10., 25. 9. • Strassenbahn u. Elektrizitätswerk, Altenburg, 26. 10., 22. 10., 27. 9.

Talsperren-Genossenschaft der oberen Ruhr, Merschede, 25. 10., —, 7. 10. • Terrain-A.-G. Müllerstrasse, Berlin, 26. 10., 23. 10., 30. 9.

Vereinigte Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen A.-G., Luxemburg, 30. 10., 15. 10., 4. 10. • Vereinigte Riegel- & Schlossfabriken A.-G., Velbert (Rheinland), 23. 10., 19. 10., 2. 10. • Vereinigte Ultramarinfabriken A.-G. vormals Leverkus, Zeltner & Consorten, Cöln a. Rh., 16. 10., 14. 10., 23. 9.

Walzengiesserei vorm. Kölsch & Co., A.-G., Siegen i. W., 30. 10., 26. 10., 4. 10. • Weilburger Gasbeleuchtungsgesellschaft, Weilburg, 16. 10., 13. 10., 27. 9. • Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co. A.-G., Bielefeld, 26. 10., 21. 10., 4. 10. • Wesermühlen A.-G., Hameln, 29. 10., 26. 10., 7. 10. • Wesselmann Bohrer-Compagnie A.-G., Gera-Untermhaus, 26. 10., —, 21. 9. • Westfälische Bau-Industrie A.-G., Haspe i. W., 25. 10., —, 5. 10. • Westfälische Eisen- und Drahtwerke Act.-Ges., Cöln, 21. 10., 14. 10., 20. 9. • Westf. Kupfer- u. Messingwerke A.-G. vorm. Casp. Noell, Lüdenscheid, 20. 10., 13. 10., 25. 9. • Westfälische Stahlwerke, Bochum, 21. 10., 15. 10., 27. 9. • Wieler & Hardtmann A.-G., Danzig, 16. 10., —, 25. 9. • Wintersche Papierfabriken, Hamburg, 14. 10., 10. 10., 27. 9. • Wolfenbütteler Metallwerk vorm. W. Grobleben & Co. i. Liquidation, 25. 10., 20. 10., 29. 9. • Wotan-Werke A.-G., Leipzig, 28. 10., —, 4. 10. • Wülfing, Dahl & Co., A.-G., Barmen, 23. 10., 21. 10., 25. 9.

Zickerickwerk A.-G., Wolfenbüttel, 26. 10., 22. 10., 6. 10. • Zuckerfabrik Kl.-Wanzleben vorm. Rabbethge & Giesecke A.-G., Magdeburg, 29. 10., 27. 10., 2. 10. • Zuckerfabrik Neustadt O.-S., A.-G., Neustadt O.-S., 28. 10., 25. 10., 25. 9. • Zuckerfabrik Offstein, Neuoffstein (Pfalz), 27. 10., 24. 10., 30. 9. • Zuckerfabrik Tuczno, Hohensalza, 30. 10., —, 30. 8.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Rönner in Berlin-Schöneberg.